

## 9 Kurzbiografien<sup>453</sup>

### Karl Arnold

Karl Arnold wurde am 21. März 1901 in Herrlshöfen/Württemberg geboren. Er war Schuhmachergeselle und später Sekretär des Düsseldorfer Bezirkskartells der Christlichen Gewerkschaften. 1929 wurde er Stadtverordneter des Zentrums in Düsseldorf. 1944 wurde er im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli von der Gestapo festgenommen. Nach 1945 gehörte er zu den Gründern der CDU im Rheinland und der Einheitsgewerkschaft, deren Vorsitzender er in Düsseldorf wurde. 1946 erfolgte die Bestellung zum Oberbürgermeister von Düsseldorf. 1947 bis 1956 war er Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, im ersten Kabinett 1947 in einer Koalition aus CDU, Zentrum, SPD und KPD. Nach seinem Sturz als Regierungschef durch das konstruktive Misstrauensvotum von SPD und FDP 1956 errang er bei der Bundestagswahl im September desselben Jahres in seinem Wahlkreis 72% der Stimmen. 1958 wurde er Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse. Am 29. Juni 1958 verstarb Karl Arnold an Herzversagen.

### Martin Bangemann

Martin Bangemann wurde am 15. November 1934 in Wanzleben (Sachsen-Anhalt) geboren. Er wurde in Tübingen zum Dr. jur. promoviert. 1963 trat er der FDP bei. 1964 ließ er sich im schwäbischen Metzingen als Rechtsanwalt nieder. 1969 wurde er stellvertretender Landesvorsitzender der FDP in Baden-Württemberg. Er war Mitglied jener Programmkommission, welche die Freiburger Thesen ausarbeitete. 1972 zog er in den Deutschen Bundestag ein. Zugleich war er von 1973 bis 1984 Mitglied des Europäischen Parlaments. 1974 wurde Bangemann Landesvorsitzender und als Nachfolger von *Karl-Hermann Flach* Generalsekretär. 1978 trat er als Landesvorsitzender zurück. Am 28. Juni 1984 wurde Bangemann Bundeswirtschaftsminister, und 1985 wurde er vom Parteitag in Saarbrücken zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. 1988 wurde er von *Otto Graf Lambsdorff* in diesem Amt abgelöst. Im selben Jahr verlor er auch sein Amt als Bundeswirtschaftsminister. 1989 rückte er in die EG-Kommission als Kommissar ein. 1999 trat Bangemann wie alle Kommissionsmitglieder unter *Jacques Santer* zurück und musste auch die vorübergehende Amtsführung wegen einer geplanten hochdotierten Tätigkeit bei der spanischen Telefónica aufgeben.

### Gerhart Rudolf Baum

Gerhart Rudolf Baum wurde am 28. Oktober 1932 in Dresden geboren. Nach der Bombennacht im Februar 1945 flüchtete die Mutter mit ihm nach Köln, wo er ein Jurastudium absolvierte. 1954 trat er der FDP bei. Von 1966 bis 1968 war Baum Bundesvorsitzender der Jungdemokraten. Er war ein früher Befürworter einer Zusammenarbeit der FDP mit der SPD. 1972 kam Baum in den Bundestag, dem er bis 1994 angehörte. 1972 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär und am 8. Juni 1978 als Nachfolger von *Werner Maihofer* Bundesinnenminister. Nach der Wende 1982 sank sein Einfluss in der FDP, dennoch repräsentierte er gemeinsam mit *Burkhard Hirsch* den verbliebenen linken Flügel

---

<sup>453</sup> Die Kurzbiografien stellen hauptsächlich die Bundesvorsitzenden, ihre Stellvertreter, die Generalsekretäre, die Bundestagsfraktionsvorsitzenden und die Bundesminister der FDP vor. Dazu kommen als herausragende historische liberale Persönlichkeiten der Kaiser- und der Weimarer Zeit *Friedrich Naumann*, *Walther Rathenau* und *Gustav Stresemann*. Erwähnt werden auch einige FDP-Politiker, deren Biografien im Zusammenhang mit hier vorliegenden Texten besonders aussagekräftig sind. Vorgestellt werden schließlich wenige Nichtmitglieder der FDP, die gleichwohl für die Geschichte der Partei eine wichtige Rolle spielten – so *Karl Arnold* und *Fritz Steinhoff*. Die Angaben beruhen überwiegend – aber nicht ausschließlich – auf dem Munzinger-Archiv, auf der Übersicht von Udo Kempf und Hans-Georg Merz (Hg.), *Kanzler und Minister 1949 - 1998*. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001 sowie auf Eigenangaben der Politiker im Internet.

### Max Becker

Max Becker wurde am 25. Mai 1888 in Kassel geboren und starb am 30. Juli 1960 in Heidelberg. Nach der Promotion zum Dr. jur. ließ er sich 1912 in Hersfeld als Rechtsanwalt nieder. Politisch betätigte er sich bei der jungliberalen Bewegung. Nach 1945 trat er der FDP bei und wurde 1946 in den Hessischen Landtag gewählt. Er gehörte 1948/1949 dem Parlamentarischen Rat an. 1949 zog er in den Bundestag ein. Ab 1956 war er Vizepräsident des Bundestages. 1956 wurde Becker als Nachfolger des zur FVP übergetretenen *August Martin Euler* hessischer Landesvorsitzender der FDP. Anfang 1957 wurde er als Nachfolger von *Thomas Dehler* Fraktionsvorsitzender im Bundestag, gab dieses Amt jedoch im gleichen Jahr an *Erich Mende* ab.

### Franz Blücher

Franz Blücher wurde am 24. März 1896 in Essen geboren und starb am 26. März 1959 in Bad Godesberg. Nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1919 ging er in einen kaufmännischen Beruf und war 1921 bereits kaufmännischer Leiter eines Industrieunternehmens. Seit 1938 leitete er ein Bankhaus in Essen. In Essen war er nach 1945 auch Mitbegründer der FDP. 1947 wurde er in den Wirtschaftsrat in Frankfurt/M. gewählt und hatte dort den Vorsitz der Demokratischen Fraktion inne. In das 1. Kabinett *Konrad Adenauers* rückte er 1949 als Vizekanzler und Minister für Angelegenheiten des Marshall-Planes ein. Im gleichen Jahr wurde er als Nachfolger von *Theodor Heuss* zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Dieses Amt hatte er bis 1954 inne. Nach der Bundestagswahl 1953 wurde er wieder Vizekanzler und Minister für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er war deutscher Vertreter in internationalen Energiebehörden. 1955 stimmte er gegen seine Partei bei der Ratifizierung des Saarabkommens mit „Ja“. Im Februar 1956 verließ er mit 3 Ministern und 12 Bundestagsabgeordneten die FDP, blieb aber Bundesminister. Fortan gehörte Blücher zur FVP, kam nach der Fusion mit der DP 1957 noch einmal in den Bundestag, jedoch nicht mehr in die Regierung. 1958 wurde er deutsches Mitglied in der Hohen Behörde der Montanunion und schied aus dem Bundestag aus.

### Jürgen Bohn

Jürgen Bohn wurde am 30. Oktober 1959 in Vechte/Rhön geboren. Er studierte von 1981 bis 1985 Maschinenbau an der TU Dresden und wurde 1990 zum Dr.-Ing. promoviert. Er war Mitglied der LDP(D), beteiligte sich 1989 an den Demonstrationen in Leipzig und übernahm im selben Jahr den Kreisvorsitz der FDP in Bad Salzungen. Er wurde FDP-Abgeordneter in der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR und von dort am 3. Oktober 1990 bis zur ersten gesamtdeutschen Wahl in den Deutschen Bundestag delegiert. Im Oktober 1990 wurde er Mitglied im Thüringer Landtag. Im November 1991 übernahm er das Amt des Wirtschaftsministers von Thüringen. Nach der Bildung einer Großen Koalition in Thüringen 1994 schied Bohn aus der Landesregierung aus. 1995 bis 1997 war Bohn stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP; 1997 stellvertretender Landesvorsitzender in Thüringen.

### William Borm

William Borm wurde am 7. Juli 1895 in Hamburg geboren und verstarb am 2. September 1987 in Bonn. 1923 trat Borm in das väterliche Geschäft – ein Möbelkaufhaus – ein. Er gründete eine eigene Firma für Elektroakustik. Bis 1933 war er Mitglied der DVP. Im 2. Weltkrieg war er als „Wehrwirtschaftsführer“ „unabkömmlich“. 1945 trat er der LDP bei. Ab 1947 war er Schatzmeister der Berliner FDP. Borm wurde 1950 von DDR-Behörden auf der Transitstrecke verhaftet und wegen „Kriegs- und Boykotthetze“ verurteilt. 1959 – im Alter von 63 Jahren – kam er frei und startete als dezidiert Linkliberaler eine neue Karriere in der FDP. Er wurde Berliner Landesvorsitzender, nacheinander Abgeordneter im Berliner Parlament, im Bundestag, im Europäischen Parlament und Mitglied im Bundesvorstand der FDP. 1982 schloss er sich aus Protest gegen die Wende der FDP der links-liberalen Ausgründung Liberale Demokraten an. Freund und Feind waren überraschend, als nach seinem Tode herauskam, dass Borm seit seiner Freilassung für das „Ministerium für Staatssicherheit“ (MfS) gearbeitet hatte. Sogar seine Rede als Alterspräsident des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 1969 soll vom Chef der „Hauptabteilung Aufklärung“ des MfS, Markus Wolf, persönlich redigiert worden sein. Vermutlich glaubte Borm, eine gesamtdeutsche Mission zu erfüllen.

### Rainer Brüderle

Rainer Brüderle wurde am 22. Juni 1945 in Berlin geboren. Er schloss sein Studium 1971 als Diplom-Volkswirt ab. 1980 wurde Brüderle stellvertretender Kreisvorsitzender der FDP in Mainz und 1981 Wirtschaftsdezernent in derselben Stadt unter Oberbürgermeister *Jockel Fuchs*. Nach einer Niederlage der FDP mit 3,5% bei den Landtagswahlen 1983 wurde Brüderle Landesvorsitzender der FDP Rheinland-Pfalz. 1979 zog die FDP wieder in den Landtag ein, und Brüderle wurde unter *Bernhard Vogel* (CDU) Minister für Wirtschaft und Verkehr. Nach der Landtagswahl 1991 ging die FDP in Rheinland-Pfalz mit dem Wahlsieger SPD unter *Rudolf Scharping* eine Koali-

tion ein, in der Brüderle stellvertretender Ministerpräsident war. 1995 wurde dieser unter dem neuen FDP-Bundesvorsitzenden *Wolfgang Gerhardt* in einer Stichwahl gegen *Walter Döring* stellvertretender FDP-Vorsitzender. 1998 zog Brüderle an der Spitze der rheinland-pfälzischen Landesliste in den Bundestag ein und wurde einer der 4 stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. 2009 wurde Rainer Brüderle Bundeswirtschaftsminister.

### Ewald Bucher

Ewald Bucher wurde am 19. Juli 1914 in Rottenburg geboren und starb am 31. Oktober 1991 in Mutlangen. Er wurde mit *summa cum laude* über das Thema „Die Juristen in der Frankfurter Nationalversammlung“ promoviert. Ab 1943 war er Leutnant und Batterieführer an der Ostfront. Er war frühes Mitglied der HJ und der NSDAP. Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft ließ er sich in Schwäbisch Gmünd nieder und wurde Rechtsanwalt sowie Geschäftsführer der Gewerbe- und Handelsvereine. 1950 ging Bucher in die FDP und kam 1953 in den Bundestag. 1962, nach der „Spiegel“-Affäre, berief ihn *Konrad Adenauer* zum Bundesjustizminister. Er legte einen Entwurf zur großen Strafrechtsreform vor. Bucher weigerte sich aus Rechtsgründen, einer Verlängerung der Verjährungsfrist bei Mord – es ging um NS-Morde – zuzustimmen und trat von dem Amt des Justizministers zurück. Dem 2. Kabinett *Ludwig Erhards* gehörte Bucher als Minister für Wohnungswesen und Städtebau an. Ab 1968 war Bucher nicht mehr Mitglied des Bundestages. Er war gegen die sozial-liberale Koalition und trat 1972 aus der FDP aus.

### Rolf Dahlgrün

Rolf Dahlgrün wurde am 19. Mai 1908 in Hannover geboren und starb am 19. Dezember 1969 in Hamburg-Harburg. Dahlgrün hatte Rechtswissenschaften studiert und wurde 1937 zum Dr. jur. promoviert. Seit 1936 übte er eine leitende Tätigkeit in der Rechtsabteilung der Phönix-Gummiwerke in Hamburg aus. Auf dem Gelände dieses Werkes war er 1939 bis 1945 Heimatflakkanonier. 1949 trat Dahlgrün in die FDP ein. Von 1953 bis 1957 war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. 1957 zog er in den Bundestag ein, dem er bis 1969 angehörte. 1962 bis 1966 war Dahlgrün Bundesminister der Finanzen. Im Oktober 1966 stimmte er im Kabinett für einen Beschluss, Ausgabenkürzungen und Subventionskürzungen vorzunehmen und eventuell Verbrauchssteuererhöhungen vorzusehen. Nachdem die FDP-Fraktion jedoch die Steuererhöhungen ablehnte, traten Dahlgrün und die anderen Minister der FDP zurück.

### Thomas Dehler

Thomas Dehler wurde am 14. Dezember 1897 in Lichtenfels geboren und starb am 21. Juli 1967 in Streitberg. Dehler war seit 1925 verheiratet mit Frau Irma, geb. Frank, die jüdischer Abstammung war, was dem Paar zwischen 1933 und 1945 erhebliche Drangsalierungen einbrachte. Er studierte Rechts- und Sozialwissenschaften in Würzburg, Freiburg und München, wurde zum Dr. jur. promoviert und ließ sich 1923 in München als Rechtsanwalt nieder. Später wechselte er nach Bamberg. Als Student und Referendar war er Vorstandsmitglied des Republikanischen Studentenbundes, Gründer des Anti-NS-Bundes „Der Reichsadler“ und Mitbegründer des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“. 1933 bis 1942 betätigte er sich oppositionell und wurde vorübergehend in Schutzhaft genommen. 1946 bis 1956 war Dehler Landesvorsitzender der FDP in Bayern. Er war Mitglied im Parlamentarischen Rat und ab 1949 Mitglied des Bundestages. Dehler war der erste Justizminister der Bundesrepublik und geriet in dieser Zeit wegen seiner provokanten Reden gegen die Katholische Kirche und gegen die Gewerkschaften auch mit dem Bundeskanzler immer wieder in Konflikt. 1953 musste er das Kabinett verlassen und wurde Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag. 1954 nahm er auch die Position des Bundesvorsitzenden der FDP ein. In dieser Zeit trug er den Konflikt mit *Konrad Adenauer* wegen der Westpolitik und des Saarstatuts besonders heftig aus. 1957 wurde Dehler durch *Reinhold Maier* als FDP-Bundesvorsitzender ersetzt und verlor auch den Fraktionsvorsitz. Sein Einfluss auf die Partei schwand. 1960 wurde er Vizepräsident des Bundestages, was er bis 1967 blieb. 1965 führte er die FDP-Delegation bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU.

### Wolfgang Diewerge

Wolfgang Diewerge wurde geboren am 12.1.1906 in Stettin und starb am 4.12.1977 in Essen. 1930 wurde er Mitglied der NSDAP und 1936 der allgemeinen SS. Er war Inhaber des „Goldenen Parteiabzeichens“ und des SS-„Blutordens“. Seit 1926 war Diewerge Mitarbeiter mehrerer NS-Zeitungen. 1934 wurde er Ministerialrat im Reichspropagandaministerium. Während des Krieges arbeitete Diewerge im SS-Hauptamt. Nach 1945 wurde er Mitglied der FDP in Nordrhein-Westfalen und MdL. Diewerge wurde 1953 aus der Partei ausgeschlossen. In einigen Quellen ist von „beiderseitigem Einvernehmen“ die Rede

### Walter Döring

Walter Döring wurde am 15. März 1954 in Stuttgart geboren. Döring studierte Geschichte und Anglistik, promovierte 1981 zum Dr. phil. und wurde Studienrat in Schwäbisch Hall. Dort wurde er auch 1981 FDP/DVP-Kreisvorsitzender und kam in den Kreisrat sowie in den Stadtrat. 1984 setzte sich Döring in einer Kampfabstimmung gegen *Georg Gallus* als Landesvorsitzender durch. Nach einem schlechten Wahlergebnis mit 5,9% in Baden-Württemberg 1988 verzichtete Döring auf den Landesvorsitz, wurde aber neuer Fraktionschef. 1995 wurde Döring erneut als Landesvorsitzender gewählt. Im gleichen Jahr zog er in das Präsidium der Bundes-FDP ein. Bei der Landtagswahl 1996 erhielt die FDP 9,6%. In Stuttgart wurde eine schwarz-gelbe Koalition unter *Erwin Teufel* (CDU) mit Döring als stellvertretendem Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister gebildet. Döring stieg zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP auf. Und in dieser Funktion wurde Döring auf dem Düsseldorfer Parteitag im Mai 2001 mit dem schlechtesten Ergebnis aller Stellvertreter (50,7%) wiedergewählt. Zuvor – im März – hatte die CDU bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg zugelegt, die FDP/FVP Stimmen eingeüßt; die CDU/FDP-Koalition wurde jedoch fortgesetzt. Döring behielt seine Posten im Kabinett. Auf dem FDP-Parteitag 2003 in Bremen wurde Döring erst im zweiten Wahlgang als einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden wiedergewählt. Mitte 2004 trat Döring als stellvertretender Bundesvorsitzender, Landesvorsitzender von Baden-Württemberg und Stuttgarter Wirtschaftsminister wegen einer Spenden- und Umfragenaffäre zurück.

### Wolfgang Döring

Wolfgang Döring wurde am 11. November 1919 in Leipzig geboren und starb am 17. Januar 1963 in Düsseldorf. Er diente 1938 bis 1945 als Berufsoffizier in der Wehrmacht, zuletzt als Panzer-Hauptmann. Von 1950 bis 1956 war er Hauptgeschäftsführer der FDP Nordrhein-Westfalen. Als Mitglied des Landtages war er einer der Protagonisten der „Jungtürken“, die 1956 den Sturz der Regierung *Karl Arnolds* herbeiführten. Döring wurde Fraktionsvorsitzender im Düsseldorfer Landtag (1956 bis 1958). Er organisierte den Bundestagswahlkampf der FDP 1957 mit mäßigem Erfolg, zog aber selber in den Bundestag ein. 1961 wurde Döring einer der stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, und 1962 wurde er auch stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. Am 7. November 1962 hielt er seine berühmte Rede zur „Spiegel“-Affäre, die eine scharfe Anklage der Regierung *Adenauers* und zugleich prinzipielles Engagement für den Rechtsstaat war. Er starb, 43-jährig, an den Folgen eines Herzinfarktes.

### Hans A. Engelhard

Hans A. Engelhard wurde am 16. September 1934 in München geboren und verstarb am 11. März 2008. Engelhard hatte in München und Erlangen Rechtswissenschaften studiert und sich in München als Anwalt niedergelassen. Er schloss sich 1954 der FDP an und rückte 1970 in den Münchner Stadtrat ein. Zugleich wurde er Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP München. 1972 kam er in den Deutschen Bundestag. In der ersten Regierung *Helmut Kohls* wurde er 1982 Bundesjustizminister. 1987 erfolgte die erneute Berufung in dieses Amt. 1990 wurde er abermals in den Bundestag gewählt, erklärte jedoch seinen Verzicht auf das Ministeramt. 1994 schied Engelhard aus dem Bundestag aus.

### Josef Ertl

Josef Ertl wurde am 7. März 1925 in Oberschleißheim geboren und starb am 16. November 2000 in Murnau. Ertl stammte aus einer liberal-katholischen Bauernfamilie. Sein Vater verweigerte ein „Napola“-Stipendium; Ertl kam zum Arbeitsdienst und wurde als 20-jähriger Oberfähnrich verwundet. Nach dem Krieg studierte er Landwirtschaft an der Technischen Hochschule München. Er wurde Beamter und war 1960 Oberlandwirtschaftsrat. 1952 bis 1956 war er Mitglied des Kreistages München-Land und 1966 bis 1971 des Kreistages Miesbach. 1961 bis 1987 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Obwohl ein Gegner der SPD/FDP-Koalition, übernahm er 1969 das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers und wurde 1971 auch Vorsitzender der FDP-Bayern, was er bis 1983 blieb. 1982 nahm er nach einer kurzen Interimszeit unter *Helmut Kohl* die Position des Bundeslandwirtschaftsministers wieder ein, nach der Bundestagswahl 1983 jedoch musste er dieses Amt an *Ignaz Kiechle* (CSU) abgeben. Nach 1987 war Ertl Präsident der „Deutschen Landwirtschafts Gesellschaft“ (DLG). 1993 wurde Ertl auf dem Hof seines Sohnes von einem Stier angefallen und konnte seitdem nur noch im Rollstuhl leben. 2000 zog er sich auf dem Hof Brandverletzungen zu, an deren Folgen er verstarb.

### August Martin Euler

August Martin Euler wurde am 9. Mai 1908 in Kassel geboren und starb am 4. Februar 1966 in Brüssel. Er hatte Rechtswissenschaft studiert. Bis 1939 war er Assessor, ab 1939 Vertragsjurist bei der I.G. Farben in Berlin. Nach dem Krieg war er Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt/M. Er gehörte zu den Gründern der FDP in

Hessen, deren Vorsitzender er 1946 wurde. 1949 zog Euler in den Deutschen Bundestag ein. 1951 war er kurzfristig Vorsitzender der FDP-Fraktion im Bundestag. Nach dem Sturz von *Karl Arnold* in Düsseldorf 1956 durch die Jungtürken gehörte er zu jenen 16 Mitgliedern der Bundestagsfraktion, die die FVP gründeten. Über die hessische DP-Liste kam er 1957 in den Bundestag, verließ diesen jedoch wieder 1958.

### Karl-Hermann Flach

Flach wurde am 10. Oktober 1929 in Königsberg/Ostpr. geboren und verstarb am 25. August 1973. Karl-Hermann Flach wurde 1944/45 zum Volkssturm in eine HJ-Division einberufen. Nach der Vertreibung ging er nach Rostock und erlernte in Schwerin nach dem Abitur den Beruf des Journalisten. 1949 ging Flach nach Berlin (West) und studierte an der Hochschule für Politik, dem späteren Otto-Suhr-Institut. 1953 bestand er dort das Diplomexamen. 1946 wurde Flach Mitglied der LDP, 1949 der FDP, in deren Bundesgeschäftsstelle er ab 1956 arbeitete. 1959 bis 1962 war er Bundesgeschäftsführer der FDP und leitete – trotz starker Verletzung bei einem Verkehrsunfall – 1961 den erfolgreichsten Bundestagswahlkampf der FDP bis 2009. 1962 bis 1964 war Flach Leiter des Ressorts Innenpolitik der FDP-Bundesgeschäftsstelle. Zugleich war er ab 1961 innenpolitischer Ressortleiter der „Frankfurter Rundschau“ und ab 1964 stellvertretender Chefredakteur dieser Zeitung. 1971 wurde ihm auf Vorschlag *Walter Scheels* das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs der FDP angeboten, und auf dem Freiburger Parteitag wurde er mit überwältigender Mehrheit gewählt. 1972 zog Flach über die hessische Landesliste in den Deutschen Bundestag ein. Nach einem Hirnschlag wurde Flach im August 1973 in ein Frankfurter Krankenhaus eingeliefert, wo er wenig später – 43-jährig – starb.

### Fritz Goergen-Fliszar

Fritz Goergen (geb. Fliszar) wurde am 31. Dezember 1941 in Niklasdorf in Österreich geboren. Goergen-Fliszar wurde in Graz mit einer Studie über den österreichischen Parlamentarismus promoviert. Er war Referent in der Bundesgeschäftsstelle der FDP, Assistent von *Walter Scheel*, Büroleiter des Staatsministers *Karl Moersch*, stellvertretender und Bundesgeschäftsführer der FDP. Von 1979 bis 1983 war er Bundesgeschäftsführer der FDP. Bis 1996 wirkte er geschäftsführend und leitend in der Friedrich-Naumann-Stiftung. 2000 wurde er Berater von *Jürgen W. Möllemann* in Nordrhein-Westfalen und dann „Chefstrategie“ bei *Guido Westerwelle*. Am 12. November 2002 wurde bekannt, dass er aus der FDP ausgetreten sei. Er gilt als Erfinder des „Projektes 18“.

### Herbert Freiberger

Herbert Freiberger wurde am 6. Januar 1916 geboren. Er war von Beruf Handelsvertreter. Vor 1945 bekleidete er die Position eines HJ-Führers. Nach Kriegsende war Freiberger zunächst Mitglied und später Landesgeschäftsführer der niedersächsischen FDP. Ende 1954 ist er aus der FDP ausgeschieden und war an der Gründung der „Deutschen National-Partei“ (DNP) beteiligt, die im August 1955 in der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) aufging. Im Oktober 1955 wurde Freiberger niedersächsischer Landesvorsitzender der DRP, im September 1956 Mitglied der DRP-Parteileitung. Ende 1957 erfolgte der Rücktritt von allen Parteiamtern.

### Hans Friderichs

Hans Friderichs wurde am 16. Oktober 1931 in Wittlich geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und wurde 1957 in Graz über den „Arbeitsdirektor“ promoviert. Bis 1963 war er Geschäftsführer der IHK Rheinhessen. Von 1960 bis 1964 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Kreistag Bingen. 1964 wurde Friderichs als Nachfolger von *Hans-Dietrich Genscher* Bundesgeschäftsführer der FDP. 1965 kam er in den Bundestag. 1969 ging er in die Regierung des Mainzer Ministerpräsidenten *Helmut Kohl* als Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Im November 1972 wurde Friderichs im zweiten Kabinett *Brandt/Scheel* Bundeswirtschaftsminister. 1974 setzte er sich in einer Kampfabstimmung gegen *Werner Maihofer* als stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP durch. 1977 trat er als Minister zurück und wurde als Nachfolger des ermordeten *Jürgen Ponto* Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank. 1979 wechselte er in den Aufsichtsratsvorsitz der AEG, was er bis 1984 blieb. 1983 wurde seine Verwicklungen in der Flick-Parteispendenaffäre bekannt. Im Zuge der Anklage gab er seine Posten bei der Bank und bei der AEG auf. Das Landgericht Bonn verurteilte ihn 1987 wegen Steuerhinterziehung und Beihilfe während seiner Ministerzeit zu einer Geldstrafe von 61.500 DM. Nach 1988 bekleidete Friderichs wieder Führungspositionen in der Wirtschaft. Angeboten zum Trotz übernahm er aber leitende Aufgaben in der FDP nicht mehr.

### Liselotte Funcke

Liselotte Funcke wurde am 20. Juli 1918 in Hagen geboren. Sie legte 1941 in Berlin das Examen als Diplomkauffrau ab. Von 1944 bis 1961 arbeitete sie als Abteilungsleiterin und Prokuristin in einer vom Urgroßvater gegründeten Schraubenfabrik. Der FDP schloss sie sich 1946 an. Dort war sie seit 1964 Mitglied des Bundesvorstandes. Ab 1950 war Frau Funcke Mitglied des Landtages in Düsseldorf. 1961 bis 1979 gehörte sie dem Bundestag an und übte dort die Funktion einer Vizepräsidentin von 1969 bis 1979 aus. 1977 wurde sie zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. Ab 1979 bekleidete sie das Amt der Wirtschaftsministerin von Nordrhein-Westfalen. Bei den Landtagswahlen 1980 scheiterte die FDP an der 5-%-Grenze, und Frau Funcke schied aus dem Kabinett aus. 1981 wurde sie Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Aus Protest gegen die Wende 1982 legte sie das Amt nieder, nahm es jedoch wieder auf, nachdem *Helmut Kohl* sie darum gebeten hatte. 1991 demissionierte sie wegen mangelnden Interesses der Bundesregierung an ihrer Arbeit endgültig.

### Hans-Dietrich Genscher

Hans-Dietrich Genscher wurde am 21. März 1928 in Reideburg/Saalkreis geboren. Als Abiturient wurde er 1943 Flakhelfer und leistete bis 1945 Kriegsdienst. Von 1946 bis 1957 verbrachte er dreieinhalb Jahre in Krankenhäusern, um seine Tuberkulose zu heilen. Gleichzeitig studierte er Rechtswissenschaften. Nach der Übersiedlung in den Westen legte er seine zweite Staatsprüfung in Hamburg ab. Er engagierte sich frühzeitig in der LDP und danach in der FDP. 1954 ließ sich Genscher als Rechtsanwalt in Bremen nieder. Von *Thomas Dehler* nach Bonn geholt, wurde Genscher 1959 Fraktionsgeschäftsführer und zugleich 1962 bis 1964 Bundesgeschäftsführer der FDP. 1965 kam er in den Bundestag und wurde Parlamentarischer Geschäftsführer. 1968 übernahm er die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP und 1969 in der Bundesregierung *Brandt/Scheel* das Amt des Bundesinnenministers. 1974 wurde er Außenminister und Vizekanzler unter *Helmut Schmidt*. Im gleichen Jahr stieg Genscher zum Bundesvorsitzenden der FDP auf. 1981 forderte er eine Wende in der Politik und gilt seitdem als Initiator des Wechsels der FDP von der SPD zur CDU/CSU im Jahre 1982. Im Februar 1985 gab er den Parteivorsitz ab; *Martin Bangemann* wurde sein Nachfolger. Unter anderem nach den „2-plus-4-Gesprächen“ 1989 galt er zusammen mit *Helmuth Kohl* als Architekt der deutschen Einheit. 1992, nach seinem 65. Geburtstag, trat Genscher von seinem Ministeramt zurück. Er wurde Ehrenvorsitzender der FDP und war inner- und außerhalb der Partei ein einflussreicher Ratgeber.

### Wolfgang Gerhardt

Wolfgang Gerhardt wurde am 31. Dezember 1943 in Ulrichstein-Helpershain geboren. Er wuchs als Halbweise auf. Er studierte Erziehungswissenschaft, Geschichte und Politik in Marburg und wurde zum Dr. phil. promoviert. Er war Landesvorsitzender des LSD und stellvertretender Landesvorsitzender der DJD in Hessen. Seine berufliche Laufbahn begann er im Regionalbüro der Friedrich-Naumann-Stiftung. 1982 wurde er Landesvorsitzender der hessischen Liberalen, 1983 Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in Wiesbaden und 1985 stellvertretender Bundesvorsitzender. 1987 kam er unter *Walter Wallmann* (CDU) in das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Wissenschaft und Kunst. Nach der Landtagswahl 1991 übernahmen SPD und Grüne die Landesregierung; Gerhardt wurde als Landesvorsitzender bestätigt und nahm wieder die Position des Fraktionsvorsitzenden ein. Nach dem Rücktritt von Bundesbildungsminister *Rainer Ortleb* 1994 setzte sich in der FDP-Bundestagsfraktion überraschend *Karl-Hans Laermann* gegen Gerhardt als Nachfolger durch. 1995 wurde Gerhardt als Nachfolger von *Klaus Kinkel* in einer Kampfabstimmung gegen *Jürgen W. Möllemann* zum Bundesvorsitzenden der FDP gewählt. 1998 übernahm Gerhardt den Vorsitz der nun oppositionellen FDP-Bundestagsfraktion. In einem internen Machtkampf in den Jahren 2000 und 2001 verdrängte Gerhardts Generalsekretär *Guido Westerwelle* seinen Vorsitzenden, der Anfang 2001 seinen Verzicht auf den Parteivorsitz erklärte. Im Mai 2001 wurde *Westerwelle* zum Nachfolger Gerhardts als Parteivorsitzender gewählt. Von Oktober 1998 bis April 2006 war Wolfgang Gerhardt Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Auch aus diesem Amt verdrängte ihn *Westerwelle*: Seit Mai 2006 ist Gerhardt Vorsitzender des Vorstands der „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“, und seit Dezember 2006 Vorsitzender des Kuratoriums der Bundespräsident-Theodor-Heuss-Heuss-Stiftung.

### Manfred Gerlach

Manfred Gerlach wurde am 8. Mai 1928 in Leipzig geboren. Gerlach gründete 1943 eine illegale Jugendgruppe und erhielt dafür Jugendarrest. Er absolvierte ein Fernstudium an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft in Potsdam-Babelsberg. 1964 wurde er zum Dr. jur. promoviert. 1945 trat er der LDP bei und war 1946 Mitbegründer der FDJ in Leipzig. Er war Jugendreferent in der LDP und gleichzeitig Abteilungsleiter im FDJ-Stadtvorstand Leipzig. 1949 bis 1959 bekleidete er die Funktion eines Zentralratsmitglieds der FDJ in Berlin. 1949 wurde Gerlach Mitglied der Volkskammer und darin letztmalig 1987 bestätigt. In Leipzig betätigte sich Gerlach

kommunalpolitisch. In der LDP(D) war er 1951 bis 1953 stellvertretender Vorsitzender und Chefredakteur der „Liberal-Demokratischen Zeitung“ Halle und 1954 bis 1967 Generalsekretär der LDP(D). 1960 wurde er einer der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR. 1967 trat er die Nachfolge von *Max Suhrbier* als Vorsitzender der LDP(D) an. 1989 übernahm er von *Egon Krenz* das Amt des Staatratsvorsitzenden der DDR (6.12.1989 bis 18.3.1990). Im Februar 1990 löste *Rainer Ortleb* Gerlach im Parteivorsitz ab. Nach der Fusion von LDP und FDP war Gerlach Mitglied eines Berliner FDP-Ortsvereins. Auf Initiative von FDP-Mitgliedern leitete der Landesvorstand ein Parteiordnungsverfahren ein. Am 23. November 1993 erklärte Gerlach seinen Austritt aus der FDP.

### Hildegard Hamm-Brücher

Hildegard Hamm-Brücher wurde am 11. Mai 1921 in Essen geboren und wuchs in Berlin-Dahlem auf. 10-jährig verlor sie ihre Eltern und lebte danach bei der Großmutter in Dresden. Ab 1937 besuchte sie das Internat Schloss Salem am Bodensee. In München studierte sie Chemie, wo sie im Kontakt stand zur Widerstandsgruppe „Weiße Rose“. 1945 wurde sie bei Nobelpreisträger *Heinrich Wieland* promoviert. 1949/1950 war sie an der Harvard-University. Als Sportlerin war sie süddeutsche Kraulmeisterin. 1946 begegnete sie *Theodor Heuss*, der sie anregte, in die Politik zu gehen und der FDP beizutreten. 1948 trat Hamm-Brücher der Partei bei und war schon von 1948 bis 1954 im Münchner Stadtrat. 1950 bis 1966 war sie Mitglied des Bayerischen Landtages. 1967 wurde sie Staatssekretärin im Hessischen Kultusministerium und wechselte 1969 in das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. 1972 kehrte Frau Hamm-Brücher nach München zurück und wurde dort Fraktionsvorsitzende im Landtag. 1976 kam sie in den Bundestag und wurde Staatsministerin im Auswärtigen Amt unter Bundeskanzler *Helmut Schmidt*. 1982 engagierte sie sich gegen den Wechsel der FDP zur Union. Folgerichtig schied sie nach der Wende aus der Regierung aus. 1983 wurde sie wieder in den Bundestag gewählt und kehrte 1985 in den Landes- und in den Bundesvorstand zurück. 1987 wurde sie erneut in den Bundestag gewählt und engagierte sich besonders für eine Parlamentsreform. Nach 1990 gab sie ihre politischen Ämter auf. 1994 war Frau Hamm-Brücher Kandidatin der FDP für das Amt des Bundespräsidenten. Bei der Präsidentenwahl am 23. Mai 1994 erreichte Frau Hamm-Brücher im ersten und zweiten Wahlgang relativ gute Ergebnisse. Im dritten Wahlgang jedoch schwenkte die FDP zum Unionskandidaten *Roman Herzog* über. 2002 kritisierte Frau Hamm-Brücher die rechtspopulistischen Aktionen *Jürgen W. Möllemanns* und die unklare Haltung des Vorsitzenden *Guido Westerwelle* in dieser Frage. Nach der Bundestagswahl 2002 erklärte sie ihren Austritt aus der FDP wegen des Verlaufs der Affäre *Möller/Westerwelle*.

### Karl Hamann

Karl Hamann wurde am 4. März 1903 in Hildesheim geboren und starb am 16. Juni 1973 in München. Hamann hatte an den landwirtschaftlichen Hochschulen in München und Hohenheim studiert und wurde zum Dr. phil. promoviert. Seit 1933 arbeitete er als selbständiger Landwirt in Thüringen. Nach 1945 schloss er sich der LDP an. 1948 wurde er Mitglied des Vorstandes der LDP und 1949 deren Vorsitzender. In der Provisorischen Regierung *Grotewohl* wurde Hamann 1949 Minister für Handel und Versorgung. Er wurde jedoch bald mit unterschiedlichen Vorwürfen (mangelnde Versorgung der Bevölkerung, Flucht einiger Mitarbeiter in den Westen) konfrontiert und 1952 seines Ministeramtes enthoben. Auch aus dem Parteivorsitz wurde er entfernt. Nach eineinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde er 1954 vom Obersten Gerichtshof der DDR wegen „Sabotage der Belieferung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Fehlplanung“ zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch seine Tochter wurde zu 10 Jahren verurteilt. *Thomas Dehler* bemühte sich um Freilassung, und nach einer Zeit unter Polizeiaufsicht kamen Hamann und seine Tochter 1957 in den Westen.

### Helmut Hausmann

Helmut Hausmann wurde am 18. Mai 1943 in Tübingen geboren. Er studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Tübingen, Hamburg und Erlangen-Nürnberg und wurde promoviert nach Vorlage einer Arbeit über „Unternehmensordnung und Selbstbestimmung“. 1968 bis 1971 war er geschäftsführender Gesellschafter der Firma Berninger & Spilcke KG in Bad Urach. 1971 bis 1975 betätigte sich Hausmann als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Unternehmensführung in Erlangen-Nürnberg. Er war von 1975 bis 1987 Kreisvorsitzender der FDP Reutlingen und 1975 bis 1980 Stadtrat in Bad Urach. 1984 wurde er Generalsekretär der FDP und hatte diese Amt bis 1988 inne. In den Bundestag kam er 1976 und war vom 9. Dezember 1988 bis 18. Januar 1991 Bundesminister für Wirtschaft. 2002 schied er aus dem Bundestag aus.

### Wolfgang Haußmann

Wolfgang Haußmann wurde am 3. Juli 1903 geboren und starb am 6. März 1989 in Stuttgart. Hausmann war promoviert. Der vor 1933 politisch Aktive stammte aus einer liberalen Familie und betätigte sich nach 1945 sofort wieder politisch. So amtierte er als stellvertretender Oberbürgermeister von Stuttgart. Er war von 1946 bis 1952 Landesvorsitzender der „Demokratischen Volkspartei“ (DVP) Württemberg-Baden und von 1952 bis 1964 Vorsitzender der FDP Baden-Württemberg. Von 1953 bis 1966 bekleidete Haußmann das Amt des Justizministers von Baden-Württemberg.

### Theodor Heuss

Theodor Heuss wurde am 31. Januar 1884 in Brackenheim/Württemberg geboren und starb am 12. Dezember 1963 in Stuttgart. Er studierte Nationalökonomie in München und Berlin. 1905 wurde er zum Dr. rer. pol. promoviert. 1905 bis 1912 war er Mitarbeiter der von *Friedrich Naumann* herausgegebenen Zeitschrift „Die Hilfe“. Von 1910 bis 1918 war er Mitglied der „Fortschrittlichen Volkspartei“. 1918 kehrte Heuss nach Berlin zurück und trat in die DDP ein. 1919 wurde er Bezirksverordneter in Berlin-Schöneberg und Mitarbeiter der „Vossischen“ sowie der „Frankfurter Zeitung“. 1924 kam er in den Reichstag. Am 23. März 1933 stimmte Heuss widerstrebend aber dem Mehrheitsvotum seiner fünfköpfigen Fraktion der Deutschen Staatspartei folgend für das Ermächtigungsgesetz. Im Mai gleichen Jahres wurde er als Dozent der Hochschule für Politik entlassen, und sein Reichstagsmandat wurde ihm aberkannt. Die Nationalsozialisten verhängten gegen Heuss ein Publikationsverbot, das er teilweise durch Gebrauch eines Pseudonyms umging. 1945 und 1946 war Theodor Heuss Kultusminister in Württemberg-Baden. 1946 war er einer der Mitbegründer der DVP in der amerikanischen Besatzungszone und Mitglied des Landtages von Württemberg-Baden. 1948 betätigte er sich als Mitglied des Parlamentarischen Rates und wirkte dort als Fraktionsvorsitzender. 1949 wurde Heuss der erste Bundesvorsitzende der neu gegründeten FDP und zog im gleichen Jahr in den Bundestag ein. Am 12. September wurde 1949 Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gewählt. Er führte dieses Amt 2 Perioden hindurch und gilt als derjenige, der dessen Stil geprägt hat.

### Heinrich Peter Hellwege

Heinrich Peter Hellwege wurde am 18. August 1908 in Neuenkirchen (Kreis Stade) geboren. In der Weimarer Zeit war er tätig in der „Deutsch-Hannoverschen Partei“ (DHP). Er war ein aktiver Gegner der Nationalsozialisten. 1946 wurde er Vorsitzender der neu gegründeten „Niedersächsischen Landespartei“ (NLP) und von den Briten zum Landrat des Kreises Stade ernannt. Er hatte wesentlichen Anteil an der Bildung des Landes Niedersachsen. 1947 wurde er Vorsitzender der NLP-Fraktion im Landtag von Niedersachsen. Zugleich initiierte er die Umbenennung der NLP in „Deutsche Partei“ (DP) und deren Ausweitung auf den gesamten nordwestdeutschen Raum. Nach der Bundestagswahl 1949 brachte Hellwege die DP in die Bundesregierung unter *Adenauer* ein, wo Hellwege Minister für Angelegenheiten des Bundesrates wurde. Er wandte sich gegen Pläne zur Atombewaffnung der Bundeswehr und geriet damit in Konflikt mit anderen Koalitionären. 1960 trennten sich die seinerzeitigen DP-Bundesminister *Hans-Christoph Seebohm* und *Hans-Joachim von Merkatz* von ihrer Partei. 1961 trat Hellwege als Bundes- und Landesvorsitzender der DP zurück, und die Partei löste sich auf. Hellwege schloss sich der CDU an. 1979 trat er dort „aus Enttäuschung über die mangelnde innerparteiliche Solidarität“ wieder aus. Er starb am 4. Oktober 1991 in seinem Geburtsort.<sup>454</sup>

### Walter Hirche

Karl-Walter Hirche wurde am 13. Februar 1941 in Leipzig geboren. Von 2003 bis 2009 war er Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Niedersachsen. 1994 bis 1998 bekleidete er das Amt eines Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. 1990 bis 1994 gehörte er der Ampelkoalition in Brandenburg an, wo er das Amt eines Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie ausübte. In der Zeit von 1994 bis 2006 war Hirche Landesvorsitzender der niedersächsischen FPD, und bis 2009 im Präsidium der Bundespartei. Hirche war Mitglied des Deutschen Bundestages und des Landtages Niedersachsen, wo er u.a. von 1982 bis 1986 Fraktionsvorsitzender war. Seit 2003 ist Hirche Präsident der Deutschen UNESCO-Kommission,

<sup>454</sup> S. <[www.niedersachsen.de/pages/printage/0\\*C32560\\_N15007\\_L20\\_DO\\_I198,00.html](http://www.niedersachsen.de/pages/printage/0*C32560_N15007_L20_DO_I198,00.html)>



### Birgit Homburger

Birgit Homburger wurde am 11. April 1965 in Singen geboren. Sie ist verheiratet und katholisch. Seit 2009 ist sie die Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion. Sie ist Mitglied im Präsidium der FDP und Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg. 1982 trat sie in die FDP und 1983 in die Jungen Liberalen ein. 1987 bis 1988 war sie Mitglied im Landesvorstand der Jungen Liberalen Baden-Württemberg, 1988 bis 1999 war sie Landesvorsitzende der Jungen Liberalen Baden-Württemberg. 1990 bis 1993 bekleidete sie das Amt einer ersten Bundesvorsitzenden des gesamtdeutschen Verbandes der Jungen Liberalen. Von 1992 bis 1998 war Frau Homburger Kreisvorsitzende der FDP Ulm, 1993 bis 1997 amtierte sie als Beisitzerin im FDP-Landesvorstand Baden-Württemberg. 1993 bis 2001 war sie Beisitzerin im FDP-Bundesvorstand. 1997 bis 2004 war sie stellvertretende Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg aufgerückt, und seit Mai 2001 ist sie Beisitzerin im Präsidium der FDP. Im Dezember 2001 erfolgte die Wahl zur Spitzenkandidatin der FDP Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2002. Seit Juli 2004 ist Birgit Homburger Landesvorsitzende der FDP Baden-Württemberg. Im Juli 2005 erfolgte die Wahl zur Spitzenkandidatin der FDP Baden-Württemberg zur Bundestagswahl 2005. Im November 2008 wurde sie erneut zur Spitzenkandidatin der FDP Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 2009 gewählt.

### Werner Hoyer

Werner Hoyer wurde am 17. November 1951 in Wuppertal-Ronsdorf geboren. Nach dem Abitur absolvierte er Praktika in Deutschland und USA und studierte anschließend Wirtschaftswissenschaften in Köln. 1977 wurde er zum Dr. rer. Pol. promoviert. 1985 bis 1987 war er Bereichsleiter der Carl Duisberg Gesellschaft. Hoyer trat 1972 in die FDP ein. Von 1984 bis 1993 war er Kreisvorsitzender der FDP Köln, seit 1984 Mitglied des Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen und seit 1997 Mitglied des Bundesvorstandes. Von 1993 bis 1994 war Hoyer Generalsekretär der FDP; in dieser Funktion soll er das Wort von der „Partei der Besserverdienenden“ geprägt haben. Hoyer kam 1987 in den Bundestag. Er war dort Parlamentarischer Geschäftsführer und vom 17. November 1994 bis 26. Oktober 1998 Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. 2002 wurde Hoyer als Bundestagsabgeordneter bestätigt und war unter anderem Präsident der „Europäischen Liberaldemokratischen Partei“. 2009 wurde er Staatsminister im Auswärtigen Amt.

### Horst Huisgen

„Huisgen, Horst: Hauptgeschäftsführer der FDP, Hannover, geb. am 29.11.1913 in Mittel-Lazisk, Abitur, Studium der Rechtswissenschaften, Mitglied der HJ, Jugendführer, Ratsherr in Breslau, Leiter der nachgeordneten Dienststelle des Jugendführer des Deutschen Reiches für Schlesien und Breslau, ab 1941 Dezernent, Leiter des Landesjugend- und Sportamtes; Senator der Arbeitskammer, nach 1945 selbständiger Handelsvertreter, ab 1950 Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes <Nordrhein-Westfalen – J.D.>, nach der Schlüter-Krise Aufgabe dieser Funktion.“<sup>445</sup>

### Klaus Kinkel

Klaus Kinkel wurde am 17. Dezember 1936 in Metzingen geboren. Kinkel studierte Rechtswissenschaften in Tübingen und Bonn, legte beide Staatsexamen ab und wurde 1964 an der Universität Köln zum Dr. jur. promoviert. 1965 trat Kinkel in den Dienst des Bundesinnenministeriums ein. 1970 wurde er persönlicher Referent von Bundesinnenminister *Hans-Dietrich Genscher* und später Leiter des Ministerbüros. Mit *Genscher* wechselte Kinkel 1974 in das Außenministerium und wurde Chef des Leitungsstabes, später Planungsstabes. Zum 1. Januar 1979 wurde der Ministerialdirektor Kinkel Chef des BND. Bei Bildung der Koalition zwischen FDP und Union 1982 erhielt der parteilose Kinkel das Amt des Staatssekretärs im Justizministerium unter *Hans A. Engelhard*. 1991 wurde Kinkel der Nachfolger *Engelhards* und schloss sich nun der FDP an. Als *Hans-Dietrich Genscher* 1992 als Bundesaußenminister zurückgetreten war, kam es in der Bundestagsfraktion und im Parteivorstand zu einer Kampfabstimmung um die Nachfolge zwischen Kinkel und der Bauministerin *Irmgard Schwaetzer*, die Kinkel mit 63 gegen 25 Stimmen gewann. Zusätzlich zum Ministeramt übernahm Kinkel auf dem Parteitag in Münster 1993 den Parteivorsitz der FDP. Nach einer Reihe schlechter Wahlergebnisse in den Bundesländern gab Kinkel 1995 den Parteivorsitz auf. Er blieb Vizekanzler und Außenminister. Nach der Wahlniederlage der Koalition von Union und FDP 1998 schied Kinkel aus den Regierungsgämnern aus, blieb aber Bundestagsabgeordneter. 2002 kandidierte er nicht erneut für den Bundestag.

<sup>455</sup> Heinz Georg Marten, Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1955, Göttingen 1978, S. 443

### Detlef Kleinert

Detlef Kleinert wurde am 26. Juli 1932 in Essen geboren. Er ließ sich als Rechtsanwalt und Notar in Hannover nieder. Kleinert war von 1969 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages für die FDP-Niedersachsen. Im Bundestag war er Vorsitzender des Arbeitskreises IV (Innen und Recht, zeitweise auch Bildung und Umwelt) seiner Fraktion. 1982 war er als Kandidat für das Amt des Bundesjustizministers im Gespräch. Kleinert war der Vertreter der FDP-Fraktion im Vermittlungsausschuss. In Niedersachsen bekleidete er das Amt des Landesschatzmeisters seiner Partei.

### Silvana Koch-Mehrin

Silvana Koch-Mehrin wurde am 17. November 1970 geboren. Fünf Jahre ihrer Kindheit verbrachte sie in Afrika, ihre Schulzeit in Köln. Sie studierte Volkswirtschaftslehre und Geschichte in Hamburg, Straßburg und Heidelberg und war Stipendiatin der Friedrich-Naumann-Stiftung. Während des letzten Studienjahres war sie stellvertretende Bundesvorsitzende und Pressesprecherin der Jungen Liberalen. Sie wurde promoviert nach einem Forschungsaufenthalt in Paris. Während dieser Zeit konzipierte sie an der Internationalen Akademie für Führungskräfte der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach und Brüssel Seminare. Zudem war sie für den Wirtschaftsausschuss der Europäischen Kommission, in der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen tätig. 2004 wurde sie für die FDP als Spitzenkandidatin in das Europäische Parlament gewählt. Bei der Europawahl 2009 war sie erneut Spitzenkandidatin der FDP. Diese erzielte mit 11% das bis dahin beste Ergebnis bei einer Europawahl. Silvana Koch-Mehrin wurde in ihrem Amt als erste stellvertretene Vorsitzende im Fraktionsvorstand der ALDE bestätigt.

### Oswald A. Kohut

Oswald A. Kohut wurde am 19. Januar 1901 in Berlin geboren und starb am 23. Juli 1977 in Langen. Kohut hatte in Berlin, Heidelberg und Gießen Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaftslehre studiert. Er wurde 1930 in Gießen zum Dr. phil. promoviert. Bis zum Berufsverbot 1934 war er in der Presse tätig. 1935 übernahm er eine Weinbrennerei und Likörfabrik. Nach dem Krieg betätigte sich Kohut in Unternehmensverbänden seiner Branche und wurde 1950 Präsident des Bundesfachverbandes der Deutschen Spirituosenindustrie. Kohut war ein Mitbegründer der CDU in Offenbach, trat jedoch 1947 zur FDP über. Für diese Partei war er von 1954 bis 1957 im Hessischen Landtag, ab 1955 als Fraktionsvorsitzender. Von 1956 bis 1961 bekleidete er das Amt des Landesvorsitzenden der FDP in Hessen und zugleich das eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP. Aus Protest gegen den Umfall der FDP nach der Bundestagswahl 1961 trat er im gleichen Jahr von diesen Ämtern zurück. Kohut war von 1957 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik 1965 war Kohut in der FDP eine geachtete Persönlichkeit.

### Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm

Knut von Kühlmann Freiherr von Stumm-Ramholz wurde am 17. Oktober 1916 in München geboren. Er starb am 19. Januar 1977 in Bad Soden-Salmünster. Sein Vater, Geheimrat Dr. Richard von Kühlmann war Staatssekretär im Auswärtigen Amt in Berlin. Von Kühlmann-Stumm hatte die Schlossschule Salem besucht und war im 2. Weltkrieg Begleitoffizier *Erwin Rommels* in Afrika. Wegen ihrer nationalen Ausrichtung trat er in Hessen in die FDP ein und wurde 1960 Bundestagsabgeordneter. Von 1963 bis 1968 war er Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Nach dem Freiburger Parteitag 1971 legte er seine Parteiämter nieder. 1972 stimmte er beim konstruktiven Misstrauensvotum gegen *Willy Brandt* und für *Rainer Barzel*, auch die Ostverträge lehnte er ab. Am 5. Juni 1972 legte er sein Bundestagsmandat nieder und trat kurz darauf zur CDU über. Auf deren hessischer Landesliste zog er 1972 wieder in den Bundestag und schied 1976 aus. 1977 kam von Kühlmann-Stumm bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

### Wilhelm Külz

Wilhelm Külz wurde am 11. Februar 1875 in Borna geboren. Er starb am 10. April 1948 in Berlin-Wilmersdorf. Külz studierte Jura und Volkswirtschaftslehre und wurde 1901 in Tübingen zum Dr. sc. pol. promoviert. Als Nationalliberaler war Külz ab 1904 Oberbürgermeister von Bückeburg und Landtagsabgeordneter, später Präsident des Landtages Schaumburg-Lippe. 1907 bis 1908 führte er eine später von den Briten übernommene Gemeindeordnung in Deutsch-Südwestafrika ein. 1912 wurde Külz Oberbürgermeister von Zittau in Sachsen. Den Ersten Weltkrieg machte er als Frontoffizier (zuletzt Major) mit. Nach dem Krieg war Külz Abgeordneter der DDP in der Weimarer Nationalversammlung und im Reichstag bis 1932. 1926 bis 1927 war er in den Regierungen der Reichskanzler *Hans Luther* und *Wilhelm Marx* Reichsinnenminister. 1931 wurde Külz Oberbürgermeister von Dresden. Nachdem er nach der Machtübernahme der Nazis dort das Hissen der Hakenkreuzfahne verhindert hatte, wurde er beurlaubt und zwangspensioniert. 1945 übernahm er die Führung der von ihm mitbegründeten LDP(D) in

der sowjetischen Besatzungszone. Er war Herausgeber der viel gelesenen Tageszeitung „Der Morgen“. 1946 wurde Külz Berliner Stadtverordneter. Külz wurde 1947 zusammen mit *Theodor Heuss* Vorsitzender der gesamtdeutschen „Liberal Demokratischen Partei Deutschlands“. Als er – offensichtlich im Bestreben nach nationaler Einheit – im gleichen Jahr am von den Kommunisten initiierten „Volkskongress“ zusammen mit *Otto Nuschke* und *Wilhelm Pieck* teilgenommen hatte, verlor er das Vertrauen der Liberalen im Westen. Er starb 73-jährig an einem Herzschlag.

### Karl-Hans Laermann

Karl-Hans Laermann wurde am 26. Dezember 1929 in Kaulhausen geboren. 1963 wurde er zum Dr. ing. promoviert. Laermann war in Aachen und Wuppertal Professor für Experimentelle Spannungsanalyse und Messtechnik. In der FDP engagierte er sich seit 1968. 1974 wurde er Mitglied des Bundestages und gehörte dem Parlament als nordrhein-westfälischer Abgeordneter bis 1998 an. Im Februar 1994 wurde Laermann Bundesminister für Bildung und Wissenschaft nach einer Kampfabstimmung gegen *Wolfgang Gerhardt*. Nach der Bundestagswahl 1994 schied Laermann wieder aus dem Ministeramt aus.

### Otto Graf Lambsdorff

Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff wurde am 20. Dezember 1926 in Aachen geboren und verstarb am 5. Dezember 2009 in Bonn. Lambsdorff besuchte Schulen in Berlin sowie die Ritterakademie in Brandenburg/H.. Im Krieg wurde er schwerstbeschädigt (Oberschenkelamputation). Er studierte an den Universitäten Bonn und Köln Rechts- und Staatswissenschaften. 1952 wurde er in Köln zum Dr. jur. promoviert. 1960 ließ er sich als Rechtsanwalt in Düsseldorf nieder. Zugleich betätigte er sich im Kreditgewerbe, u.a. als Generalbevollmächtigter des Bankhauses Trinkhaus und als Vorstandsmitglied der Victoria Rückversicherungs AG Berlin/Düsseldorf. 1951 trat er der FDP bei. 1978 war er stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen und wurde 1982 Beisitzer im Präsidium der FDP. 1972 zog er in den Bundestag ein und wurde wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion. Nach dem Rücktritt von *Hans Friderichs* übernahm er 1977 das Amt des Bundeswirtschaftsministers. 1982 kam er – wie alle FDP-Minister – seiner Entlassung als Minister durch Rücktritt zuvor. Im Kabinett *Helmut Kohls* wurde er jedoch erneut Bundeswirtschaftsminister. Nach der Eröffnung eines Prozesses im Zusammenhang mit der Flick-Affäre gegen ihn trat Lambsdorff 1984 als Minister zurück. 1987 wurde er wegen Steuerhinterziehung bzw. Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 180.000 DM verurteilt. In einer Kampfabstimmung gegen *Irmgard Adam-Schwaetzer* wurde er 1988 zum Parteivorsitzenden gewählt. Dieses Amt bekleidete er bis 1993. 1988 endete seine Mitgliedschaft im Bundestag. Lambsdorff wurde Ehrenvorsitzender der FDP und Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Außerdem bekleidete er zahlreiche Ämter in der Wirtschaft. 1999 beauftragte ihn Bundeskanzler *Gerhard Schröder* mit der Verhandlungsführung über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, was er mit der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ erfolgreich zuende brachte.

### Hans Lenz

Hans Lenz wurde am 12. Juli 1907 in Trossingen geboren und starb dort am 28. August 1968. Er studierte Neuphologie in Tübingen, Berlin, London, Paris und Reykjavik. An sein Studium schloss sich eine Buchhändlerlehre an. Nach 1939 war er Verlagsleiter. Aus dem 2. Weltkrieg kehrte er schwer verwundet wieder. Nach dem Krieg betätigte er sich kommunalpolitisch und in der Bildungsarbeit. Er war stellvertretender Vorsitzender der FDP Württemberg-Hohenzollern, 1962 bis 1964 stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP und wurde zwischen 1953 und 1965 immer wieder in den Bundestag gewählt. 1961 wurde er Bundesschatzminister, 1962 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung. 1965 gab er sein Ministeramt, dessen Wahrnehmen ihm gesundheitlich schwer fiel, auf. Auch sein Bundestagsmandat musste er aus gesundheitlichen Gründen 1967 aufgeben. Nach 1965 war er Vorsitzender des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung.

### Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger wurde am 26. Juli 1951 in Minden geboren. Sie studierte Rechtswissenschaften in Göttingen und Bielefeld. Ab 1979 war sie am Deutschen Patentamt in München tätig. In Starnberg wurde sie Vorsitzende des FDP-Kreisverbandes. 1990 kam sie in den Deutschen Bundestag. Überraschend wurde sie 1992 als Nachfolgerin von *Klaus Kinkel* zur Justizministerin nominiert und ernannt. Als sich die FDP in einer Mitgliederbefragung für den Großen Lauschangriff aussprach – wogegen Leutheusser-Schnarrenberger plädiert hatte – trat sie am 14. Dezember 1995 als Justizministerin zurück. 1996 wurde sie Sprecherin des linksliberalen „Freiburger Kreises“. Im Jahre 2000 setzte sie sich in einer Kampfabstimmung gegen *Hermann Stützer* als Landesvorsitzende der FDP Bayerns durch. Bei der Landtagswahl am 21. September 2003 in Bayern erhielt die FDP

mit Frau Leutheusser-Schnarrenberger als Spitzenkandidatin 2,6%. Im März 2004 gab das Bundesverfassungsgericht einer Verfassungsbeschwerde der FDP-Politiker Leutheusser-Schnarrenberger, *Burkhard Hirsch* und *Gerhart-Rudolf Baums* gegen den Großen Lauschangriff in einigen Punkten statt. 2008 führte sie die FDP in Bayern in eine Landeskoalition mit der CSU in Bayern. Seit den bayerischen Kommunalwahlen von 2002 ist Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Mitglied des Kreistages Starnberg. Nach der Bundestagswahl 2009 wurde sie am 28. Oktober 2009 erneut als Bundesministerin der Justiz in die Bundesregierung berufen.

### Christian Lindner

Christian Lindner wurde am 7. Januar 1979 in Wuppertal geboren. Am 14. Dezember 2009 bestimmte der Bundesvorstand der FDP Christian Lindner zum Generalsekretär der FDP. Auf dem Bundesparteitag 2010 in Köln wurde er am 24.4. mit 96% der Delegiertenstimmen bestätigt. Lindner bestand 1998 das Abitur und studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht sowie Philosophie an der Universität Bonn, wo er mit dem Magister Artium abschloss. Von 2000 bis 2009 war er Mitglied des Landtages in Nordrhein-Westfalen; 2009 wurde er in den Bundestag gewählt. Vor seiner Ernennung zum Generalsekretär der FDP übte Lindner diese Funktion im Landesverband der FDP Nordrhein-Westfalen aus. Zugleich war es Mitglied im Bundesvorstand der FDP.

### Uwe-Bernd Lühr

Uwe-Bernd Lühr wurde am 17. März 1949 in Halle geboren. Von 1967 bis 1971 studierte er Wirtschaftswissenschaften in Halle. Danach arbeitete er als Gruppenleiter eines Rechenzentrums des Starkstromanlagenbaues Halle. 1967 trat Lühr der FDP(D) bei. Seit 1984 war er hauptamtlich beim Bezirksvorstand Halle tätig. Nach der Wende 1989 organisierte Lühr Wahlkämpfe, war Dezernent und Bürgermeister der Stadt Halle. Bei der Bundestagswahl 1990 errang er im Wahlkreis Halle/Altstadt 34,5% Erststimmen und zog als einziger Direktkandidat der FDP in den Bundestag. 1991 wählte die FDP-Bundestagsfraktion Lühr zu einem ihrer Parlamentarischen Geschäftsführer. 1991 wurde Lühr auf Vorschlag des Parteivorsitzenden *Otto Graf Lambsdorff* mit nur 57% der Delegiertenstimmen zum Generalsekretär der FDP gewählt. Für diesen Posten kandidierte Lühr 1993 nicht wieder.

### Werner Maihofer

Werner Maihofer wurde am 20. Oktober 1918 in Konstanz geboren und verstarb 2009. Im 2. Weltkrieg war er zuletzt Oberleutnant bei der Heeresnachrichtentruppe. 1946 bis 1950 studierte er Rechtswissenschaften in Freiburg und wurde mit summa cum laude zum Dr. jur. promoviert. Für Englisch und Französisch hatte er Dolmetscherprüfungen bestanden. 1955 bis 1970 war Maihofer Jura-Professor in Saarbrücken und dort 1967 bis 1969 Rektor. 1968 bis 1971 bekleidete er das Amt des Vizepräsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz. 1970 wechselte Maihofer nach Bielefeld. Er trat 1969 in die FDP ein und war dort ein Jahr später Mitglied des Präsidiums. 1971 beteiligte sich Maihofer wesentlich an der Ausarbeitung der Freiburger Thesen der Liberalen. 1972 kam er in den Bundestag und wurde Bundesminister für besondere Aufgaben. 1974 wurde Maihofer zum Bundesinnenminister ernannt, unterlag allerdings im gleichen Jahr bei der Wahl zum stellvertretenden FDP-Vorsitzenden *Hans Friedrichs*. Das Amt des Innenministers zwang Maihofer zu einem Wandel vom sozial-liberalen Notstandsgegner zum Staatsschützer, der – sich vor seine Mitarbeiter stellend – 1978 einen Einbruch des Verfassungsschutzes beim Atomphysiker *Klaus Traube* mit einem „übergesetzlichen Notstand“ rechtfertigte. Maihofer hatte seine sozial-liberale Basis verloren und trat im Juni 1978 als Bundesminister zurück. Im gleichen Jahr kehrte er auf seinen Lehrstuhl in Bielefeld zurück. 1980 schied Maihofer aus dem Bundestag aus. 1996/97 wirkte er auf Drängen des Generalsekretärs *Guido Westerwelle* an der Ausarbeitung der Wiesbadener Grundsätze der FDP mit.

### Reinhold Maier

Reinhold Maier wurde am 16. Oktober 1889 in Schorndorf geboren und starb am 19. August 1971 in Stuttgart. Er absolvierte einen juristischen Vorbereitungsdienst, studierte Volkswirtschaft und Jura und nahm von 1914 bis 1918 am ersten Weltkrieg teil. 1921 wurde er in Heidelberg zum Dr. jur. promoviert. 1924 wurde er Vorsitzender der Demokratischen Partei in Stuttgart und Landesvorsitzender in Württemberg. Maier war Mitglied des württembergischen Landtages und des Reichstages. Er stimmte am 23. März 1933 für das Ermächtigungsgesetz. 1929 bis 1933 war er württembergischer Wirtschaftsminister. In der Zeit der NS-Diktatur arbeitete er als Anwalt. Seine Frau und seine Kinder mussten wegen ihrer Abstammung nach England emigrieren. Nach dem 20. Juli 1944 entkam er den gegen ihn gerichteten Fahndungen. 1945 wurde er Ministerpräsident des Landes Württemberg-Baden. Nach Bildung des Landes Baden-Württemberg wurde Maier zu dessen erstem Ministerpräsidenten in einer Koalition aus DVP/FDP, SPD und BHE gewählt. Nach dem schlechten Abschneiden seiner Partei bei der Bundestagswahl 1953 trat Maier als Ministerpräsident zurück und war seitdem Mitglied des Bundestages sowie zugleich des Landtages. 1956 legte er sein Bundestagsmandat nieder. Als Nachfolger von *Thomas Dehler* wurde er 1957

Bundesvorsitzender der FDP. 1957 bis 1959 war er wieder Mitglied des Bundestages. 1960 gab er den FDP-Vorsitz an *Erich Mende* ab und wurde Ehrenvorsitzender der FDP. Mit seinem Stuttgarter Mandat gab er 1963 sein letztes wichtiges politisches Amt ab.

### Erich Mende

Erich Mende wurde am 28. Oktober 1916 in Groß-Strehlitz/Schlesien geboren und starb am 6. Mai 1998 in Bonn. Mende trat nach dem Abitur in die Wehrmacht ein und war als Leutnant, später Major, in Polen, Frankreich und schließlich an der Ostfront stationiert. Mende erhielt das EK I, das Deutsche Kreuz in Gold und das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Am Kriegsende war er zu 30% kriegsbeschädigt. Nach 1945 studierte er Rechtswissenschaften in Köln und Bonn und wurde 1949 zum Dr. jur. promoviert. Mende schloss sich den Freien Demokraten an, deren Aufbau er in Nordrhein-Westfalen zusammen mit *Friedrich Middelhaue* als 1. Landesgeschäftsführer organisierte. Er war Mitglied des Landesvorstandes und ab 1949 des Bundesvorstandes der FDP. Ab 1949 gehörte er dem Bundestag an. 1957 wurde er Vorsitzender der Bundestagsfraktion, und von 1960 bis 1967 war er Bundesvorsitzender der FDP. 1963 bis 1966 gehörte er als Vizekanzler und Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen den Kabinetten *Ludwig Erhard* an. Nachdem die FDP bei der Bundestagswahl 1965 auf 9,5% zurückgefallen war, setzte sich in der Partei mehr und mehr die linksliberale Linie durch, und Erich Mende trat 1967 als Bundesvorsitzender zurück. Er war heftig kritisiert worden, weil er bei der amerikanischen Firma „IOS-Investors Overseas Services“ als Deutschland-Manager angefangen hatte und wiederum, als die Firma 1970 zusammenbrach. Mende war ein Gegner des sozial-liberalen Kurses und wechselte 1970 zur CDU, für die er bis 1980 im Bundestag war.

### Friedrich Middelhaue

Friedrich Middelhaue wurde am 17. November 1896 in Siegen geboren und starb am 14. Juli 1966 in Bad Merxheim. 1916 nahm Middelhaue nach bestandener Maturitätsprüfung am Weltkrieg teil. Danach studierte er Literatur, Geschichte und Kunstgeschichte in Marburg, München, Köln und Bonn. Middelhaue gründete 1921 eine Buchhandlung in Leverkusen und 1924 eine Druckerei in Opladen. 1938 übernahm er ein Papierverarbeitungswerk, und 1946 gründete er den wissenschaftlichen „Westdeutschen Verlag“ in Köln und Opladen sowie 1947 den belletristischen Verlag „Friedrich Middelhaue GmbH“ in Opladen. Middelhaue war vor 1933 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Staatspartei in Düsseldorf und Vorsitzender im Rhein-Wupper-Kreis. Nach 1945 gründete er als Vorgängerin der FDP die „Aufbau-Partei“ im Rhein-Wupperkreis. 1946 wurde er 1. Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der FDP. Er war Fraktionsvorsitzender der FDP im Düsseldorfer Landtag. Er rückte in den Bundesvorstand der FDP und 1949 in den Bundestag ein. 1950 zog er sich wieder aus dem Bundestag zurück. Middelhaue setzte sich für eine „Nationale Sammlungsbewegung“ zusammen mit der DP ein. 1952 wurde er stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP, 1953 kehrte er in den Bundestag zurück und wurde 1954 Wirtschafts- und Verkehrsminister und stellvertretender Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. 1956 fungierte er wieder als Landesvorsitzender der FDP in Düsseldorf, legte jedoch sein Amt nach dem dortigen Regierungswechsel bald nieder: Er hatte als einziger FDP-Abgeordneter im Landtag gegen den Sturz von *Karl Arnold* gestimmt. 1958 legte Middelhaue sein Mandat nieder und zog sich aus der politischen Arbeit zurück.

### Wolfgang Mischnick

Wolfgang Mischnick wurde am 26. September 1921 in Dresden geboren und starb am 6. Oktober 2002 in Bad Soden. Mischnick wurde 1939 zur Infanterie eingezogen und mehrfach verletzt. Als Offizier und „Bürgerlicher“ wurde ihm nach 1945 ein Studienplatz an der TH Dresden versagt. In der Zeit war Mischnick an der Gründung der LDP(D) Dresden beteiligt. Er war Stadtverordneter in Dresden, Jugendsekretär der LDP(D), Mitglied des Landesvorstandes und des Zentralvorstandes seiner Partei. Nach Auseinandersetzungen mit der FDJ erhielt er Schreib- und Leseverbot. Daraufhin floh er in den Westen, wo er zunächst als Versicherungsvertreter und Journalist tätig war. Ab 1950 übernahm Mischnick bei der hessischen FDP hauptamtliche Aufgaben. 1954 bis 1957 war er Bundesvorsitzender der Deutschen Jungdemokraten. Im Hessischen Landtag war er von 1954 bis 1957, ab 1955 als Parlamentarischer Geschäftsführer. 1954 kam er in den Bundesvorstand der FDP und war stellvertretender hessischer Landesvorsitzender. 1956 bis 1961 fungierte Mischnick als Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament von Frankfurt/M.. 1957 kam er in den Bundestag, wo er wiederum die Funktion eines Parlamentarischen Geschäftsführers einnahm (1959 bis 1961). Ab November 1961 bis Oktober 1963 war er Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsbeschädigte im letzten Kabinett *Adenauer*. Gleichzeitig war er hessischer Landesvorsitzender und ab 1964 wieder Fraktionsvorsitzender im Frankfurter Kommunalparlament. Mischnick wurde 1963 stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Bonn und 1964 (bis 1968) stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. 1968 wurde er Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag. Dieses Amt hatte er bis Anfang 1991 inne. Er war zuvor bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 von Dresden aus noch einmal in den Bundestag eingezogen.

1994 schied er nach 37 Jahren parlamentarischer Arbeit aus dem Bundestag aus. Zu dieser Zeit war er noch Vorsitzender der Friedrich Naumann-Stiftung, – ein Amt, das er 1995 an *Otto Graf Lambsdorff* abgab.

### Jürgen W. Möllemann

Jürgen W. Möllemann wurde am 15. Juli 1945 in Augsburg geboren und starb am 5. Juni 2003 bei Marl. Nach dem Abitur leistete er Wehrdienst bei den Fallschirmjägern der Bundeswehr. Von 1966 bis 1969 studierte Möllemann in Münster/W. Germanistik, Geschichte und Sport. Er war AStA-Vorsitzender in Münster. Möllemann legte beide Staatsprüfungen für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen ab und war an der Schule als Lehrer tätig. 1962 bis 1969 war er Mitglied der CDU. Ab 1981 betätigte er sich unternehmerisch im Presse- und PR-Bereich. 1970 in die FDP eingetreten, kam er schon 1972 über die Liste Nordrhein-Westfalens in den Bundestag. Er wurde dort 1978 Vorsitzender des Arbeitskreises I für Außen-, Deutschland-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Nach der Wende 1982 trat er bei *Hans-Dietrich Genscher* als Staatsminister ins Auswärtige Amt ein. 1987 wurde er Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, 1991 als Nachfolger von *Helmut Haussmann* Bundeswirtschaftsminister. 1992 wurde er Vizekanzler. *Klaus Kinkel* jedoch wurde entgegen Möllemanns Ambitionen Außenminister und 1993 Parteivorsitzender der FDP. Möllemann selbst trat im Januar 1993 wegen einer Empfehlung für einen Einkaufswagen-Chip auf amtlichem Papier als Minister zurück. In einer Kampfkandidatur um die Wiederwahl als FDP-Landesvorsitzender unterlag er im Dezember 1994 *Joachim Schultz-Turnau* mit 219 zu 655 Stimmen. 1997 wurde er auch aus dem Präsidium der Bundespartei abgewählt. In dieser Zeit war Möllemann Mitglied des Bundestages und stimmte 1998 mit acht weiteren FDP-Abgeordneten gegen den Großen Lauschangriff. Im April 1998 wurde Möllemann mit 84% der Delegiertenstimmen erneut zum Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen gewählt. Er blieb auch nach der Wahl *Gerhard Schröders* zum Kanzler einer rot-grünen Koalition Befürworter einer Koalition der FDP mit der SPD. 1999 wurde er in das Präsidium der Bundes-FDP gewählt. Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2000 war er Spitzenkandidat und schaffte mit 9,8% den Wiedereinzug der FDP in den Landtag. Möllemann wurde in Düsseldorf Fraktionsvorsitzender der FDP. Fortan propagierte er in der Bundespartei das Projekt 18. Im Bundestagswahlkampf 2002 versuchte Möllemann, das inzwischen von seinem Rivalen *Guido Westerwelle* übernommene Projekt 18 mit rechtspopulistischen Inhalten zu füllen und geriet damit inner- und außerparteilich in die Kritik. Nach der Bundestagswahl 2002 kehrte Möllemann in den Bundestag zurück. Es wurde jedoch ein mit der Parteiführung wahrscheinlich nicht abgestimmtes – wieder rechtspopulistisches – Wahlkampf-Flugblatt Möllemanns bekannt, das zudem offensichtlich aus illegalen Spenden oder schwarzen Kassen finanziert war. Die Justiz ermittelte gegen Möllemann, die Fraktionen in Düsseldorf und Berlin sowie die Partei strebten seinen Ausschluss an. In der FDP-Landtagsfraktion fand sich am 4. Februar 2003 keine ausreichende Mehrheit für einen Ausschluss; die Bundestagsfraktion schloss ihn jedoch am 11. Februar 2003 mit 39 von 45 Stimmen aus. Am 17. März 2003 trat Möllemann aus der FDP aus. Nach der Aufhebung seiner Immunität im Bundestag und Durchsuchungen seiner Büros und Wohnungen stürzte Jürgen W. Möllemann am 5. Juni 2003 mit einem Fallschirm in den Tod. Möllemann war von 1983 bis 1991 und ab 2000 Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft.

### Friedrich Naumann

Friedrich Naumann wurde am 25. März 1860 in Störmtal bei Leipzig geboren und starb am 24. August 1919 in Travemünde. Er studierte evangelische Theologie in Leipzig und Erlangen. Von 1886 bis 1890 war er Pfarrer in Langenberg/Sachsen. Danach wirkte er bis 1897 als Geistlicher der Inneren Mission in Frankfurt am Main. 1895 gründete Naumann die Wochenzeitschrift „Die Hilfe“, 1896 den „Nationalsozialen Verein“. 1897 schied Naumann aus dem Pfarramt aus und siedelte nach Berlin über. 1903 wurde der Nationalsoziale Verein nach Niederlagen bei Reichstagswahlen aufgelöst: Der Naumann-Kreis schloss sich der Freisinnigen Vereinigung an. 1907 wurde Naumann als Abgeordneter von Heilbronn in den Reichstag gewählt. Als Abgeordneter von Berlin war er Mitglied der Nationalversammlung von 1919. Im gleichen Jahr wurde er zum Vorsitzenden der neu gegründeten DDP gewählt, starb jedoch kurz darauf überraschend.

### Fritz Neumayer

Fritz Neumayer wurde am 29. Juli 1884 in Kaiserslautern geboren und starb am 12. April 1973 in München. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft war er 1911 bis 1945 als Rechtsanwalt in Kaiserslautern zugelassen und hatte Kriegsdienst geleistet. Nach 1945 trat er der FDP bei. Er wurde Landgerichtspräsident in Kaiserslautern und 1946 Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung von Rheinland-Pfalz sowie 1947 bis 1951 des Landtages dieses Bundeslandes. 1947 und 1948 wirkte er dort als Minister für Wirtschaft und Verkehr, bevor er 1949 in den Bundestag kam, dem er bis 1957 angehörte. Von 1952 bis 1953 war er Bundesminister für Wohnungsbau und

1953 bis 1956 Bundesminister der Justiz. 1956 – 72-jährig – verließ er mit weiteren FDP-Ministern und 12 Bundestagsabgeordneten die FDP, um sich der Abspaltung FVP anzuschließen.

### Dirk Niebel

Dirk Niebel wurde am 29. März 1963 in Hamburg geboren. Als Fallschirmjäger kam er 1984 nach Calw im Schwarzwald. Dort hat er nach einer achtjährigen Dienstzeit an der Fachhochschule des Bundes – Fachbereich Arbeitsverwaltung – in Mannheim Verwaltungswesen studiert. Mit dem Studienabschluss Diplom-Verwaltungswirt (FH) wurde er 1993 Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt Heidelberg. Seit 1990 ist er verheiratet und hat 3 Söhne. Niebel war Gründungsmitglied der Jungen Liberalen (JuLis) in Heidelberg. Seit September 1998 gehört er dem Deutschen Bundestag als an. Aufgrund seiner beruflichen Qualifikation wurde er 1998 zum arbeitsmarktpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ernannt. In dieser Funktion war er bis September 2009 ordentliches Mitglied im Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales. Im September 2003 wurde er in das Kuratorium des „Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit“ gewählt. Im April 2009 wurde er zum Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte bestellt. Von Mai 2005 und bis Oktober 2009 war er Generalsekretär der FDP. Am 28.10.2009 wurde Niebel zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ernannt.

### Rainer Ortleb

Rainer Ortleb wurde am 5. Juni 1944 in Gera geboren. Er studierte Mathematik an der TU Dresden und wurde 1971 zum Dr. rer. nat. und 1983 zum Dr.-Ing. habil. promoviert. 1989 wurde er zum Professor an der Universität Rostock berufen. Ortleb wurde 1968 Mitglied der LDP(D), war 1987 Kreisvorsitzender von Rostock und schließlich letzter Parteivorsitzender des Bundes Freier Demokraten. Vom 18. März bis 2. Oktober 1990 war er als Mitglied der Volkskammer Fraktionsvorsitzender der FDP. 1990 wurde Ortleb Mitglied des Bundestages und war vom 3. Oktober 1990 bis zum 18. Januar 1991 Bundesminister für besondere Aufgaben, danach bis zum 3. Februar 1994 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Rücktritt). Von 1991 bis 1994 war Ortleb FDP-Landesvorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern. 1997 wurde er Vorsitzender der sächsischen FDP, trat aber nach 3 Monaten zurück und aus der Partei aus. Dieser Schritt wurde wieder rückgängig gemacht, und 1999 wurde Ortleb als sächsischer Landesvorsitzender der FDP wiedergewählt. Im Bundestag saß er bis 1998. 2001 ist er aus der FDP ausgetreten.

### Cornelia Pieper

Pieper wurde am 4. Februar 1959 in Halle geboren. Ab 1982 war Frau Pieper berufstätig als Dolmetscherin beim DDR-Jugendreisebüro. Cornelia Pieper war seit 1986 Mitglied der LDP(D), gehörte allerdings nicht direkt zu den Parteikadern. Sie hatte Polnisch und Russisch in Leipzig und Warschau studiert. Vor der Öffnung der Mauer war sie Referentin der Abteilung Wissenschaft, Kultur und Bildung beim Bezirksvorstand Halle der LDP(D). Nach der Wende baute sie in Sachsen-Anhalt die Jungen Liberalen mit auf, wurde FDP-Abgeordnete und Vizepräsidentin des Landtags. 1995 wurde sie Landesvorsitzende und 1997 stellvertretende Bundesvorsitzende. 1998 kam sie in den Deutschen Bundestag und erhielt dort die Position einer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Auf dem Düsseldorf Parteitag 2001 wurde Pieper zur Generalsekretärin der FDP gewählt. 2002 trat sie nicht in die neu gebildete Koalitionsregierung zwischen CDU und FDP in Sachsen-Anhalt ein, obwohl sie dort als Spitzenkandidatin angetreten war. Staat dessen zog sie erneut in den Bundestag ein. Auf dem Parteitag in Bremen 2003 wurde sie in ihrem Amt als FDP-Generalsekretärin mit nur 60,9% bestätigt. 2009 wurde sie zur Staatsministerin im Auswärtigen Amt ernannt.

### Andreas Pinkwart

Andreas Pinkwart wurde am 18. August 1960 in Seelscheid geboren. Er studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre in Münster und Bonn und wurde 1991 zum Dr. rer. pol. promoviert. 1980 trat Pinkwart der FDP bei und wurde 1992 Kreisvorsitzender der FDP Rhein-Sieg, 1996 stellvertretender Landesvorsitzender. 2002 zog er in den Bundestag ein. 1989 bis 1990 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der FDP-Bundestagsfraktion. 1991 bis 1994 leitete er das Büro des Fraktionsvorsitzenden *Hermann Otto Solms*. 1994 bis 1997 war er Professor für Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. 1998 wechselte er an die Universität Siegen. Als Nachfolger des zurückgetretenen Landesvorsitzenden *Jürgen W. Möllemann* setzte sich im Dezember 2002 Pinkwart in einer Kampfabstimmung gegen *Ulrike Flach* durch. Auf dem Bremer Parteitag 2003 wurde Pinkwart zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Pinkwart war von 2002 - 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und 2004 - 2005 haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Bundes-

tagsfraktion. Seit 2005 ist er Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen.

### Victor-Emanuel Preusker

Victor-Emanuel Preusker wurde am 25. Februar 1913 in Berlin geboren und starb am 13. Mai 1991 in Bonn. Preusker war Schüler des Herder-Gymnasiums in Berlin-Charlottenburg. Nach einer Banklehre in Darmstadt studierte er Volks-, Betriebs- und Staatswissenschaften an der Wirtschaftshochschule Berlin mit dem Diplom als Abschluss. 1940 wurde er in Wien zum Dr. rer. pol. promoviert und wurde zur Luftwaffe eingezogen. Nach 1945 war er für ein Bankhaus in Wiesbaden tätig. Preusker schloss sich der FDP an und war ab 1947 Generalsekretär seiner Partei in Hessen. Von 1949 bis 1961 war er Mitglied des Bundestages. 1953 wurde er Bundesminister für Wohnungsbau. 1956 gehörte Preusker zu den 16 Bundestagsabgeordneten, die aus der FDP ausscheren und die FDP gründeten. Er war von 1958 bis 1960 einer der Vizepräsidenten des Bundestages. 1960 schloss er sich der CDU an, widmete sich aber nach 1961 voll seinem Beruf als Bankkaufmann. Als Geschäftsführer des deutschen IOS-Fonds verlor er bei dessen Konkurs einiges an Reputation (s. *Erich Mende*). 1958 bis 1971 war Preusker Präsident des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundeigentümer. Mitte der siebziger Jahre trat er wieder in die FDP ein.

### Walther Rathenau

Walther Rathenau wurde am 29. September 1867 in Berlin geboren und starb am 24. Juni 1922 ebenfalls in Berlin. Sein Vater war der jüdische Industrielle und Gründer der AEG, *Emil Rathenau*. Rathenau studierte Physik, Chemie und Philosophie in Berlin und Straßburg. Er wurde 1889 mit einer Dissertation über „Die Absorption des Lichts in Metallen“ promoviert. In einer Schrift mit dem Titel „Höre, Israel!“ warb Rathenau 1897 für die Assimilation der Juden in Deutschland. Nach der Erkrankung des Vaters wurde Rathenau 1912 Vorsitzender des Aufsichtsrates der AEG. 1914/15 leitete er die „Kriegsrohstoffabteilung“ (KRA) im preußischen Kriegsministerium. Nach dem Krieg wurde er Mitglied der DDP und 1921 Reichsminister für Wiederaufbau im Kabinett des Kanzlers *Joseph Wirth*. Dort warb er gemeinsam mit dem Finanzminister *Matthias Erzberger* für eine „Erfüllungspolitik“, um zu beweisen, dass der Versailler Vertrag nicht umsetzbar war. Im gleichen Jahr schied Rathenau nach dem Rücktritt des Kabinetts aus der Regierung aus. Am 1. Februar 1922 wurde Rathenau wiederum unter *Wirth* Reichsaußenminister und schloss in dieser Funktion in Genua den Rapallo-Vertrag mit der Sowjetunion. Am 24. Juni 1922 wurde Rathenau auf dem Wege ins Amt von 2 der rechtsradikalen „Organisation Consul“ (OC) zugehörigen jungen Offizieren in Berlin-Grünwald erschossen.

### Günter Rexrodt

Günter Rexrodt wurde am 12. September 1941 in Berlin geboren und starb am 19. August 2004 in seiner Heimatstadt. Nach dem Abitur 1960 in Arnstadt siedelte er aus der DDR nach Berlin(West) um und studierte an der Freien Universität Berlin Betriebswirtschaftslehre. 1971 wurde er zum Dr. rer. pol. promoviert. Nach Beschäftigungen in einem Industriebetrieb und bei einer Bank wechselte Rexrodt 1968 zur Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin. Dort wurde er 1974 Mitglied der Geschäftsführung. 1979 berief der FDP-Wirtschaftssenator *Wolfgang Lüder* Rexrodt zum Abteilungsleiter in seine Senatsverwaltung. 1980 wurde Rexrodt Mitglied der FDP. 1982 ernannte Wirtschaftssenator *Elmar Pieroth* (CDU) Rexrodt zum Senatsdirektor (Staatssekretär). Im gleichen Jahre wurde dieser stellvertretender Landesvorsitzender der Berliner FDP. 1985 setzte sich Rexrodt in einer FDP-internen Kampfkandidatur im Landesausschuss gegen den damaligen Landesschatzmeister der FDP als Kandidat für das Amt des Finanzsenators durch, und in dieser Position wurde er Nachfolger von *Gerhard Kunz* (CDU). Nach der Wahlniederlage des CDU/FDP-Senats 1989 wechselte Rexrodt in den Vorstand der Citibank AG in Frankfurt am Main. 1991 unterlag er in einer KampfAbstimmung gegen *Jürgen W. Möllemann* in der FDP-Bundestagsfraktion als Kandidat für das Amt des Bundeswirtschaftsministers. Rexrodt wechselte in den Vorstand der Treuhandanstalt. Nach dem Rücktritt von *Jürgen W. Möllemann* als Bundeswirtschaftsminister setzte sich Rexrodt in einer abermaligen KampfAbstimmung gegen *Walter Hirche* 1993 als FDP-Kandidat für das Amt durch. Als Bundesminister amtierte er bis 1998. 1994 wurde Rexrodt Mitglied des Bundestages und als Nachfolger der zurückgetretenen *Carola von Braun* Landesvorsitzender der Berliner FDP. Nach der Niederlage der Berliner FDP bei den Abgeordnetenhauswahlen 1995 (2,5%) legte Rexrodt den Landesvorsitz nieder. Nach einer erneuten Wahlschlappe der Berliner FDP 1999 (2,2%) übernahm Rexrodt 2000 wieder den Landesvorsitz, und er konnte 2001 bei der vorgezogenen Wahl die Berliner FDP mit 9,9% in das Landesparlament führen. Rexrodt war kurzzeitig Berliner Fraktionsvorsitzender der FDP, zog sich 2002 aber aus dem Landesparlament zurück und konzentrierte sich politisch auf seine Ämter als Bundestagsabgeordneter und Bundesschatzmeister der FDP. Nach der Bundes-



tagswahl 2002 trat er in den Medien als Aufklärer in der nordrhein-westfälischen Spendenaffäre des *Jürgen W. Möllemann* hervor. 2004 gab Rexrodt den Vorsitz der Berliner FDP auf.

### Philipp Rösler

Philipp Rösler wurde am 24. Februar 1973 (amtlich festgelegt) in Vietnam geboren. Im selben Jahr wurde Rösler nach Deutschland adoptiert. Er ist aufgewachsen in Hamburg-Harburg und in Bückeberg. Rösler war vom 18. Februar 2009 bis zum 27. Oktober des selben Jahres stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Arbeit und Verkehr in Niedersachsen und wurde am 28. Oktober 2009 Bundesminister für Gesundheit. Zuvor hatte er eine steile Parteikarriere absolviert: 1992 trat er in Niedersachsen den Jungen Liberalen und der FDP bei. 1994 war er Kreisvorsitzender der Jugend Liberalen in Hannover-Stadt und 1996 Mitglied des Landesvorstandes der FDP Niedersachsen sowie Landesvorsitzender der Jungen Liberalen. Von 2000 bis 2004 übte Rösler das Amt eines Generalsekretärs der FDP Niedersachsen ehrenamtlich aus. 2003 wurde er Mitglied des Niedersächsischen Landtages und Vorsitzender der dortigen FDP-Fraktion. Ins Präsidium der Bundespartei wurde er 2005 gewählt, und 2006 war er Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen. Rösler ist promovierter Arzt und Sanitätsoffizier der Bundeswehr.

### Uwe Ronneburger

Uwe Ronneburger wurde am 23. November 1920 in Kiel geboren und starb am 1. Oktober 2007 in Tetenbüll. Schon 1939 wurde Ronneburger zum Reichsarbeitsdienst und anschließend zur Kriegsmarine eingezogen. Als Oberleutnant zur See holte er mit dem Torpedoboot „Panther“ bei Kriegernde Flüchtlinge aus Ostpreußen heraus. Nach 1945 übernahm er anstelle des gefallenen Bruders den elterlichen Hof und erwarb die theoretischen und praktischen landwirtschaftlichen Kenntnisse in Abendkursen. Ab 1948 war Ronneburger kommunalpolitisch aktiv, war 1955 bis 1972 Amtsvorsteher, Kreisrat und Bürgermeister. Von Wählergemeinschaften und über die DP kam er 1957 zur FDP, wo er 1961 bis 1970 Kreisvorsitzender in Eiderstedt wurde. 1970 nahm Ronneburger das Amt des Landesvorsitzenden der FDP Schleswig-Holstein an. 1972 zog Ronneburger in den Bundestag ein und wurde dort 1973 als Nachfolger des verstorbenen *Karl-Hermann Flach* stellvertretender Fraktionsvorsitzender. 1975 übernahm Ronneburger das Amt des Vorsitzenden der wieder in den Kieler Landtag eingezogenen FDP-Fraktion (7,1%) und legte sein Bundestagsmandat nieder. 1980 kehrte er von Kiel in den Bundestag zurück. Auf dem Bundesparteitag 1982 übernahm Ronneburger die Funktion des Herausforderers von *Hans-Dietrich Genscher* im Parteivorsitz als Protest gegen die Wende. *Genscher* setzte sich mit 222 gegen 169 Stimmen durch. 1983 kam die FDP Schleswig-Holstein – offensichtlich auch aufgrund verwirrender Koalitionsaussagen ihres Landesvorsitzenden Ronneburger – auf 2,2%. Ronneburger trat daraufhin mit dem gesamten Landesvorstand zurück, blieb aber bis 1990 im Bundestag. Auch dem Bundesvorstand der FDP gehörte zunächst er weiterhin an.

### Hermann Schäfer

Hermann Rudolf Schäfer wurde am 6. April 1892 in Remscheid geboren und starb am 26. Mai 1966 in Bad Godesberg. Schäfer studierte Staats- und Wirtschaftswissenschaften sowie Zeitungskunde in Leipzig und Heidelberg und wurde zum Dr. phil. promoviert. Schäfer arbeitete als Redakteur, leistete dann aber nach Kriegsausbruch Heeresdienst. Nach dem Krieg arbeitete er wieder als Redakteur und als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Vereinigung leitender Angestellter. Er hatte sich bei der DDP und späteren Staatspartei engagiert und gehörte dort von 1925 bis 1933 dem Reichsvorstand an. In der NS-Zeit war er im Krankenversicherungswesen tätig und wurde von 1941 bis 1944 dienstverpflichtet. Nach 1945 war er in Hamburg wieder im Krankenversicherungswesen tätig. Er schloss sich der FDP an, wurde Vorsitzender des Hamburger Landesverbandes und 1947 stellvertretender Zonenvorsitzender der FDP. Schäfer gehörte dem Parlamentarischen Rat an und war dessen Vizepräsident. Vizepräsident war er auch im Bundestag, in den er 1949 kam. Schäfer war Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag und wurde 1950 zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden seiner Partei gewählt (bis 1955). 1953 wurde Schäfer Bundesminister für Sonderaufgaben. 1956 gehörte er zu den 16 Bundestagsabgeordneten, die aus der FDP ausschieden und die FVP gründeten. 1957 schied er aus dem Bundestag aus. 1961 trat Schäfer wieder in die FDP, ohne jedoch wieder ein politisches Amt zu übernehmen.

### Walter Scheel

Walter Scheel wurde am 8. Juli 1919 in Solingen geboren. Scheel absolvierte nach dem Abitur eine Banklehre und wurde anschließend zum Kriegsdienst eingezogen. Er war Oberleutnant der Luftwaffe und wurde mit dem EK I und dem EK II ausgezeichnet. Nach 1945 wurde er Prokurist und Geschäftsführer in der Stahlwarenfabrik seines Schwiegervaters. Scheel schloss sich 1946 der FDP an, war Stadtrat in Solingen und Mitglied des Landtages in Düsseldorf von 1953 bis 1974. Wie sein späterer Widersacher *Erich Mende* gehörte Scheel zur Gruppe der Jung-

türken, die in Nordrhein-Westfalen 1956 das konstruktive Misstrauensvotum gegen *Karl Arnold* organisierten. Von 1953 bis 1974 war Scheel Mitglied des Bundestages. 1961 wurde er im letzten Kabinett *Konrad Adenauers* Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Diese Position behielt er auch im 1. und 2. Kabinett *Ludwig Erhards* inne (bis 1966). Zu dieser Zeit betrieb Scheel mit anderen Reformern den Kurswechsel der FDP und die Ablösung des Parteivorsitzenden *Erich Mende*. 1968 wurde er als dessen Nachfolger gewählt. Anfang des Jahres 1969 setzte Scheel in der FDP-Fraktion der Bundesversammlung die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten *Gustav Heinemann* durch. Nach der Bundestagswahl 1969 einigte sich Scheel mit *Willy Brandt* noch in der Wahlnacht auf die Bildung der sozial-liberalen Koalition. Er wurde Bundesaußenminister und Vizekanzler. 1974 wurde Scheel als Nachfolger von *Gustav Heinemann* als Kandidat von SPD und FDP gegen den Kandidaten der CDU/CSU *Richard von Weizsäcker* zum Bundespräsidenten gewählt. Er übte dieses Amt bis 1979 aus. Im gleichen Jahr wurde er Ehrenvorsitzender der FDP und übernahm anschließend verschiedene Positionen in renommierten Bildungs- und Medieneinrichtungen.

### Leonhard Schlüter

Leonhard Schlüter wurde geb. am 2. Oktober 1921 in Rinteln/Weser. Es folgten 1939 Abitur, Arbeitsdienst, Wehrmacht und Entlassung wegen „halbjüdischer Abstammung“. Schlüter begann ein Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen unter Vorbehalt, das mit Nichtbestehen des Rigorosums (nach eigenen Angaben aus politischen Gründen) endete. 1945 wurde Schlüter Leiter der Kriminalpolizei Göttingen. 1947 erfolgte die Aufgabe des Amtes wegen eines Strafverfahrens. Schlüter schloss sich der DP an. 1948/49 wurde er dort Landesvorsitzender. 1949 erfolgte ein politisches Betätigungsverbot durch die britische Besatzungsmacht. Im Januar 1951 wurde Schlüter Vorsitzender der „Nationalen Rechten“ in Niedersachsen. 1951 war er MdL in Niedersachsen. 1953 erfolgte der Übertritt zur FDP. Dort wurde er 1954 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, 1955 Fraktionsvorsitzender und schließlich Kulturminister in der CDU/FDP/DP-Koalition in Niedersachsen. Es gab heftige Proteste gegen seine rechtsextreme Vergangenheit vor allem an der Universität Göttingen. Seine rechtsgerichtete Verlagstätigkeit war schließlich die offizielle Begründung für sein Ausscheiden aus der Regierung am 9. Juni. 1955. 1956 trat Schlüter aus der FDP aus.

### Cornelia Schmalz-Jacobsen

Cornelia Schmalz-Jacobsen wurde am 11. November 1934 in Berlin geboren. Ihre Eltern wurden von Israel als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt, weil sie zahlreiche Juden vor den Nazis gerettet hatten. Frau Schmalz-Jacobsen studierte Gesang und Sprachen in Berlin, Perugia und Rom. Nach früher Heirat und Scheidung war sie für 2 Söhne verantwortlich und verdiente ihr Geld als Journalistin. Ende der 60er Jahre zog sie nach München, wo sie sich kommunalpolitisch engagierte. Für die FDP kam sie 1972 in den Münchner Stadtrat. 1982 wurde Frau Schmalz-Jacobsen Vorsitzende der FDP-München (bis 1984). Die FDP-Berlin holte sie 1985 in ihre Heimatstadt; sie wurde dort Senatorin für Jugend, Familie und Frauen. 1988 schlug sie der neue FDP-Vorsitzende *Otto Graf Lambsdorff*, als Generalsekretärin vor. Als solche zog sie 1990 in den Deutschen Bundestag ein. Sie gab 1991 das Amt der Generalsekretärin auf und wurde als Nachfolgerin von *Liselotte Funcke* Ausländerbeauftragte der Bundesregierung. Frau Schmalz-Jacobsen wurde 1994 als Beisitzerin in das Präsidium der FDP gewählt. 1998 gab sie das Amt der Ausländerbeauftragten auf und kandidierte auch nicht mehr für den Bundestag. Im FDP-Präsidium blieb sie bis 1999. 1999 wurde sie Leiterin des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am Starnberger See. Im Jahre 2004 war ihr Name als mögliche Kandidatin für das Amt der Bundespräsidentin in der Öffentlichkeit zu vernehmen.

### Edzard Schmidt-Jortzig

Edzard Schmidt-Jortzig wurde am 8. Oktober 1941 in Berlin geboren. Schmidt-Jortzig studierte Jura und wurde 1969 zum Dr. rer. pol. promoviert. 1976 habilitierte er sich in Göttingen und erhielt ein Jahr später einen Ruf nach Münster. 1982 wurde er Professor in Kiel. Im selben Jahr schloss er sich der FDP an und wurde u.a. in den Landesvorstand Schleswig-Holstein gewählt. 1994 kam Schmidt-Jortzig in den Deutschen Bundestag. 1995 rückte er für die zurückgetretene *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* als Bundesjustizminister ins Kabinett ein. Nach der Wahlniederlage der Koalition 1998 schied er aus diesem Amte aus. Dem Bundestag gehörte er bis 2002 an.

### Heinrich Schneider

Heinrich Schneider wurde am 22. Februar 1907 in Saarbrücken geboren und starb am 12. Januar 1974 in Stuttgart. Nach dem Studium der Rechte wurde er zum Dr. jur. promoviert. 1930 trat er in die NSDAP ein und ließ sich 1934 in Saarbrücken als Rechtsanwalt nieder. Seine Begeisterung für den Nationalsozialismus schwand, und 1937 wurde er aus der NSDAP ausgeschlossen. 1941 wurde er eingezogen. Nach dem Krieg kehrte er in seine Heimat-

stadt zurück. 1955 war er 1. Vorsitzender der „Demokratischen Partei Saar“ (DPS). Er war einer der prominentesten Gegner des von *Adenauer* befürworteten und von der saarländischen Bevölkerung klar abgelehnten Saarstatuts. Bei den Saarwahlen 1955 errang die DPS mit 24,3% fast ebenso viele Stimmen wie die CDU (25,4%). Schneider wurde Landtagspräsident und 1959 saarländischer Wirtschaftsminister. Im Zuge der Eingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik ging die DPS in der FDP als Landesverband auf, und Schneider wurde 1960 einer der 3 stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Partei. 1961 gab Schneider dieses Amt wieder auf und trat auch als Landesvorsitzender der DPS/FDP 1962 zurück. 1969 verließ er die FDP wegen des „Linkstrends“.

### Irmgard Schwaetzer

Irmgard Schwaetzer wurde am 5. April 1942 in Münster/Westf. geboren. Sie studierte Pharmazie in Passau, Münster und Bonn und wurde 1971 zum Dr. rer. nat. promoviert. Von 1971 bis 1980 war sie als leitende Angestellte in der pharmazeutischen Industrie tätig. 1975 trat sie der FDP bei und betätigte sich kommunalpolitisch in Düren. 1980 wurde sie Vorsitzende des Bezirksverbandes Aachen und Mitglied des FDP-Landesvorstandes Nordrhein-Westfalen. 1980 kam sie in den Bundestag. Als Nachfolgerin des wegen der Wende zurückgetretenen *Günter Verheugen* wurde sie 1982 Generalsekretärin der FDP. 1984 wechselte Frau Schwaetzer von der Generalsekretärs- in die Schatzmeisterposition der FDP. 1987 erhielt sie das Amt einer Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Nach dem Rücktritt von *Martin Bangemann* als Parteivorsitzender 1988 unterlag sie in einer Abstimmung *Otto Graf Lambsdorff* im Kampf um die Nachfolge. 1991 übernahm Frau Schwaetzer die Aufgabe als Bundesbauministerin. Im gleichen Jahr wählte der Bundesparteitag sie zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Beim Kampf um die Nachfolge von *Hans-Dietrich Genscher* als Außenminister unterlag sie 1992 *Klaus Kinkel*. 1994 schied Frau Schwaetzer aus dem Kabinett aus und legte aus Enttäuschung über mangelnde Unterstützung aus der Partei das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden nieder. 2002 schied sie aus dem Bundestag aus und legte auch ihr Amt als Schatzmeisterin der FDP Nordrhein-Westfalen nieder. Sie siedelte nach Berlin um.

### Carl-Hubert Schwennicke

Carl-Hubert Schwennicke wurde am 16. November 1906 in Berlin geboren und starb 1992. 1931 wurde er Dipl.-Ing. und war seit 1933 bei den Siemens-Werken tätig, – seit 1950 in leitender Position. 48-jährig wurde er zum Dr. rer. pol. promoviert. Schwennicke zählte zur Deutschen Volkspartei und gehörte zum Stab von *Gustav Stresemann*. Nach 1945 engagierte er sich beim Aufbau der Liberal-Demokratischen Partei in Berlin. Er wurde Vorsitzender des Landesverbandes und der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Berlin. 1947 kam es zum Bruch mit der LDP und Loslösung der FDP-Berlin. Schwennicke wurde Landesvorsitzender und 1950 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der FDP. Anfang 1956 – im Zusammenhang mit der FVP-Abspaltung – verließ Schwennicke die FDP und wurde Vorsitzender der FVP-Berlin. Diese scheiterte bei den folgenden Wahlen.

### Hermann Otto Solms

Solms – eigentlich Prinz zu Solms-Hohensolms-Lich – wurde am 24. November 1940 in Lich geboren. Er erwarb 1969 den Grad eines Diplomökonomen und wurde 1975 zum Dr. agr. promoviert. Er war Kreisvorsitzender der FDP in Gießen und Mitglied des hessischen Landesvorstandes. Er gehörte dem Deutschen Bundestag seit 1980 an und war dort von 1991 bis 2002 Fraktionsvorsitzender der FDP. Als Bundesschatzmeister der FDP geriet er 1997 in die Schlagzeilen, als er die nicht fristgerechte Beantragung staatlicher Parteienfinanzierung für die FDP zu verantworten hatte. Damit drohten der FDP 12,4 Mio. DM zu entgehen, wozu es aber nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 17. Mai 2000 letztlich nicht kam. Am 17. Oktober 2002 wurde Solms zu einem der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages gewählt. Dieses Amt blieb dem Steuerexperten der FDP auch nach 2009.

### Wolfgang Stammberger

Wolfgang Stammberger wurde am 14. Juli 1920 in Coburg geboren und starb dort am 1. Mai 1982. Stammberger wurde im Krieg als Leutnant d.R. schwer verwundet. Er studierte Rechtswissenschaften und wurde 1948 zum Dr. jur. promoviert. 1949 ließ er sich als Rechtsanwalt in Coburg nieder. Stammberger gründete die liberale Hochschulgruppe Erlangen und war 1946 Mitbegründer der Deutschen Jungdemokraten. Von 1950 bis 1953 war er Vorsitzender der FDP-Fraktion in Coburg. Ab 1953 gehörte Stammberger dem Bundestag an. Im November 1961 wurde er Bundesjustizminister. Bei der „Spiegel“-Affäre geriet er in einen schweren Konflikt mit seinem Kabinettskollegen *Franz-Josef Strauß* (CSU), weil der Justizminister über die Festnahmen und Durchsuchungen absichtlich nicht informiert wurde. 1962 schied Stammberger aus dem Kabinett aus, was vom FDP-Vorsitzenden *Erich Mende* mit dessen Gesundheitszustand begründet wurde: Stammberger war 1962 bei einem Autounfall

schwer verletzt worden. 1964 trat Stammerger zur SPD über. Als Abgeordneter der SPD gehörte er dem Bundestag bis 1969 an. 1970 wurde Stammerger mit Unterstützung der SPD zum Oberbürgermeister von Coburg gewählt. Dieses Amt nahm er bis 1978 wahr. Danach verließ er die SPD aus Enttäuschung über fehlende Unterstützung.

### Heinz Starke

Heinz Starke wurde am 27. Februar 1911 in Schweidnitz (Schlesien) geboren und starb am 31. Januar 2001. Starke studierte Rechts- und Staatswissenschaften und wurde 1935 zum Dr. jur. promoviert. Nach der Kriegsteilnahme war er von 1946 bis 1949 als Grundsatzreferent bei der Wirtschaftsverwaltung für die Britische Zone unter *Ludwig Erhard* tätig. 1950 bis 1961 hatte er die Position des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Oberfranken in Bayreuth inne. Starke trat 1953 in die FDP ein und zog im gleichen Jahr in den Bundestag ein, dem er bis 1980 – ab 1970 unter Mitnahme des FDP-Mandats als CSU-Abgeordneter – angehörte. 1961 bis 1962 war Starke Bundesminister der Finanzen und 1962 bis 1970 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes. Dem bayerischen Landesvorstand der FDP gehörte er von 1964 bis 1970 an. 1965 bis 1967 bekleidete er die Position eines stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Fraktion. Mit dem Wechsel zur CSU wollte Starke die neue Regierung *Brandt/Scheel* schwächen und sicherte sich zugleich das Bundestagsmandat für weitere 10 Jahre.

### Artur Stegner

„Stegner, Artur: Diplom-Chemiker, Fabrikant, Holzminden, geb. am 10.6.1907 in Kattowitz, Gymnasium, naturwissenschaftliches Studium, Inhaber chemischer Unternehmungen in Berlin und Breslau, nach 1945 Aufbau einer Chemie-Fabrik in Holzminden, seit 1946 Abgeordneter im Kreistag, Stadtrat von Holzminden, 1949 Landesvorsitzender der FDP-Niedersachsen, seit 1.12.1951 Mitglied des Deutschen Bundestages, am 14.1.1954 auf Drängen der FDP-Parteiverbände Niedersachsens aus der Partei ausgeschieden.“<sup>456</sup> Stegner starb am 5. August 1966 in Bad Reichenhall.

### Fritz Steinhoff

Fritz Steinhoff wurde am 23.11.1897 in Wickede bei Dortmund geboren und starb am 22.10.1969. Beruflich begann er als Bergmann. Während der NS-Zeit wurde er wiederholt in Haft genommen, zuletzt im Konzentrationslager Sachsenhausen. 1945 bis 1961 war der Sozialdemokrat Mitglied des Landtages und von 1945 bis 1956 Oberbürgermeister von Hagen. 1950 war er zudem Landesminister für Wiederaufbau. Als durch das konstruktive Misstrauensvotum von SPD und FDP 1956 gewählter Ministerpräsident trat er bereits 1958 wieder zurück. Ab 1961 war er MdB.

### Gustav Stresemann

Gustav Stresemann wurde am 10. Mai 1878 in Berlin geboren und starb am 3. Oktober 1929 in seiner Heimatstadt. Stresemann studierte Nationalökonomie und wurde mit einer Arbeit über die Berliner Bierindustrie promoviert. 1903 organisierte er sich bei der „Nationalliberalen Partei“. Stresemann war von 1906 bis 1912 Angehöriger des Dresdner Stadtrats und 1907 bis 1912 Mitglied des Reichstages. 1914 bis 1918 wieder im Reichstag, unterstützte er die Annexionspolitik des Deutschen Reiches. 1917 wurde er Parteivorsitzender als Nachfolger von *Ernst Bassermann*. 1918 war Stresemann Mitbegründer der DVP. Er war Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und des Reichstages von 1920 bis 1929. Am 13. August 1923 wurde Stresemann Reichskanzler einer großen Koalition zwischen DVP, Zentrum, DDP und SPD. Im November 1923 entzog die SPD der Regierung das Vertrauen, und Stresemann trat zurück. 1923 bis 1929 gehörte Stresemann 3 Kabinetten als Reichsaußenminister an und bemühte sich um eine Annäherung an Frankreich. 1925 verzichteten Deutschland, Frankreich und Belgien auf der von Stresemann angeregten Locarno-Konferenz auf eine gewaltsame Veränderung ihrer Grenzen. 1926 erhielt Stresemann zusammen mit dem französischen Außenminister *Aristide Briand* den Friedensnobelpreis.

### Theodor Tantzen

Theodor Tantzen wurde am 14. Juni 1877 in Heering bei Abbehausen in Oldenburg geboren und starb am 11. Januar 1947 in Oldenburg. Er stammte aus einer Bauernfamilie, die seit Jahrhunderten in der Marsch lebte. Tantzen lernte Landwirt und übernahm 1898 im Alter von zwanzig Jahren den väterlichen Hof in Heering. Bis 1918 bekannte er sich zu den Freisinnigen, danach zur DDP. Theodor Tantzen gehörte von 1912 bis 1918 dem Oldenburgischen Landtag an, war von 1919 bis 1923 Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, 1919 Mitglied der

---

<sup>456</sup> Hans-Georg Marten, a.a.O.

Nationalversammlung in Weimar und 1928 bis 1933 des Reichstags. Zwischen 1914 und 1921 machte er zahlreiche Auslandsreisen. 1931 veröffentlichte er eine Kampfschrift gegen die Nationalsozialisten, weswegen er später durch die Gestapo verfolgt wurde. 1945 wurde Tantzen von der britischen Militärregierung als Ministerpräsident des Landes Oldenburg eingesetzt. Nach der Bildung des Landes Niedersachsen übernahm er 1946 dort das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Verkehrsministers. Theodor Tantzen musste die Aufgabe der Selbständigkeit Oldenburgs resigniert hinnehmen.

### Günter Verheugen

Günter Verheugen wurde am 28. April 1944 in Bad Kreuznach geboren. Er studierte in Köln und Bonn Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie. 1960 trat er in die FDP ein. Er engagierte sich bei den Jungdemokraten, und 1969 wurde er Referent für Öffentlichkeitsarbeit im Bundesinnenministerium unter *Hans-Dietrich Genscher*. Mit *Genscher* wechselte er 1974 ins Außenministerium. 1977 wurde Verheugen Bundesgeschäftsführer der FDP und 1978 Generalsekretär. 1977 bis 1982 war er Vorsitzender der Geschäftsführung der Friedrich-Naumann-Stiftung. 1982 legte er das Amt des Generalsekretärs der FDP aus Protest gegen die Wende nieder und wechselte im selben Jahr zur SPD. Für diese Partei zog er 1983 in den Bundestag ein. 1987 wurde Verheugen Chefredakteur der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“. 1993 nahm er die Position des Bundesgeschäftsführers der SPD ein (bis 1995). 1998 erhielt Verheugen die Position eines Staatsministers im Auswärtigen Amt unter Bundesaußenminister *Joscha Fischer*. Im Frühjahr 1999 wechselte er nach Brüssel, wo er die Aufgaben eines EU-Kommissars (zuständig für die Erweiterungsverhandlungen) übernahm.

### Guido Westerwelle

Guido Westerwelle wurde am 27. Dezember 1961 in Bad Honnef geboren. Er studierte Rechtswissenschaften in Bonn, Köln und Düsseldorf und wurde an der Fernuniversität Hagen 1994 zum Dr. jur. promoviert. 1991 ließ er sich als Rechtsanwalt in Bonn nieder. Westerwelle ist 1980 in die FDP eingetreten und war einer der Gründer der Jungen Liberalen, deren Bundesvorsitzender er von 1983 bis 1988 war. 1988 wurde Westerwelle in den Bundesvorstand der FDP gewählt und wurde 1993 wurde er Kreisvorsitzender der FDP Bonn. 1994 übernahm er auf Vorschlag von *Klaus Kinkel* die Aufgabe des Generalsekretärs der FDP. 1996 rückte Westerwelle als Nachrücker in den Deutschen Bundestag ein. 2001 wurde er Nachfolger von *Wolfgang Gerhardt* im Amt des Parteivorsitzenden der FDP. Im Sommer 2002 nominierte der Mannheimer Parteitag Westerwelle im Rahmen des Projekts 18 zum Kanzlerkandidaten der FDP. Nachdem die FDP bei der Bundestagswahl 2002 mit 7,4% weit unter ihren Erwartungen blieb, ließ auch Westerwelle vom Projekt 18 ab. Vor und nach dem Wahltermin geriet der damals oft unklar taktierende Westerwelle in den Auseinandersetzungen mit dem rechtspopulistischen Kurs *Jürgen W. Möllemanns* immer wieder in die Kritik. 2003 in Bremen bestätigte ihn der Bundesparteitag im Amt des Parteivorsitzenden. 2006 wurde Westerwelle Nachfolger von *Wolfgang Gerhardt* im Amte des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. 2009 nahm Guido Westerwelle das Amt des Bundesaußenministers ein und rückte zum Vizekanzler der Bundesregierung unter *Angela Merkel* auf.

### Eberhard Wildermuth

Eberhard Wildermuth wurde am 23. Oktober 1890 in Stuttgart geboren und starb am 9. März 1952 in Tübingen. Wildermuth studierte Rechts- und Staatswissenschaften, nahm am Krieg teil und war 1918 Soldatenrat. „Obwohl in Württemberg ... als königlicher Offizier geprägt, stand Eberhard Wildermuth in den unruhigen Jahren der Revolution von 1918/19 stets auf der Seite der demokratisch legitimierten Regierungen.“<sup>457</sup> 1919 trat Wildermuth der DDP bei. Er war von 1919 bis 1921 Befehlshaber eines Studentenbataillons von Sicherheitskompanien zur Niederschlagung republikfeindlicher Aufstände in Württemberg, Bayern, Schlesien und im Ruhrgebiet. 1921 bis 1928 war er in der Arbeitslosen-Versicherung und -Vermittlung tätig, wurde 1928 Direktor der Deutschen Bau- und Bodenbank in Berlin und war später Präsident der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten („Öffa“). 1939 bis 1945 war er Kriegsteilnehmer und anschließend bei den Briten Kriegsgefangener. Aufgrund eines Angebots von *Carlo Schmid* (SPD) baute er die Wirtschaftsverwaltung des Landes Württemberg-Hohenzollern auf. Zu dieser Zeit schloss er sich der DVP/FDP an und bekleidete von 1947 bis 1949 das Amt eines Staatsministers für Wirtschaft in Württemberg-Hohenzollern. Er war Mitglied des dortigen Landtages und des geschäftsführenden Bundesvorstandes der FDP. 1949 bis 1952 war er Mitglied des Bundestages und in der gleichen Zeit Bundesminister für Wohnungsbau.

<sup>457</sup> Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.), a.a.O., S. 743

### Siegfried Zoglmann

Siegfried Zoglmann wurde am 17. August 1913 in Neumark (Böhmen) als Landwirtssohn geboren und starb am 20. Oktober 2007 in Bonn – Bad Godesberg. Ab 1928 war er in der sudetendeutschen Jugendbewegung tätig und saß als 19-jähriger in Mährisch-Ostrau ein Jahr im Gefängnis. 1935 kam er nach Berlin und wurde Leiter der Auslandspressestelle der Reichsjugendführung. Er war als Journalist tätig und wurde später als Gebietsführer ein höchster Funktionär der „Hitlerjugend“. 1939 war er in Prag Abteilungsleiter beim „Reichsprotector“ in Böhmen und Mähren, *Freiherr von Neurath*. Danach kam er an die Front, zuletzt als Oberleutnant und Kompanieführer bei einer Panzerdivision in Russland, Italien, Frankreich und Ungarn. Zoglmann hatte nie einen Hehl aus seiner Begeisterung für den Nationalsozialismus gemacht. Nach 1945 machte er Karriere bei der FDP sowie als Journalist und Herausgeber. Er war Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen und ab 1957 des Deutschen Bundestages, dort von 1963 bis 1968 stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender. Am 9. Oktober 1970 trat er aus der FDP aus.

## 10 Literatur

### Allgemein

- Ulrich von Alemann, Parteien. Reinbek bei Hamburg 1995
- Ulrich von Alemann, Die Parteien in den Wechsel-Jahren? Zum Wandel des deutschen Parteiensystems; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B6/96, 2. Februar 1996, S. 3 ff
- Ulrich von Alemann, Parteiensysteme im Parlamentarismus. Eine Einführung und Kritik von Parlamentarismustheorien, Düsseldorf 1973
- Ulrich von Alemann / Stefan Marschall (Hg.), Parteien in der Mediendemokratie, Wiesbaden 2002
- Hans Herbert von Arnim, Der Staat als Beute. Wie Politiker in eigener Sache Gesetze machen, München 1993
- Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs, Wiesbaden 2002
- Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt – Scheel, Stuttgart 1982
- Knut Bergmann, Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategie, Ergebnis, Wiesbaden 2002
- Julia von Blumenthal, Amtsträger in der Parteiendemokratie, Wiesbaden 2001
- Frank Bösch, Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU, Stuttgart/München 2002
- Frank Bretschneider, Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien. Ein internationaler Vergleich, Wiesbaden 2002
- Jürgen Dittberner, Berlin Brandenburg und die Vereinigung. Und drinnen tobt das pralle Leben!, Eine Innenansicht, Berlin 1994
- Jürgen Dittberner, Große Koalition kleine Schritte. Politische Kultur in Deutschland, Berlin 2006
- Jürgen Dittberner, „Sind die Parteien noch zu retten?“, Die deutschen Parteien: Entwicklungen, Defizite und Reformmodelle, Berlin 2004
- Jürgen Dittberner, Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung, Opladen/Wiesbaden 1997
- Jürgen Dittberner/Rolf Ebbighausen, Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973
- Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959
- Rolf Ebbighausen / Christian Düpjohn / Dieter Prokein / Joachim Raupach / Marcus Renner/Rolf Schotes / Sebastian Schröter, Die Kosten der Parteiendemokratie. Studien und Materialien zu einer Bilanz staatlicher Parteienfinanzierung, Opladen 1996
- Christoph Egle / Tobias Ostheim / Reimut Zohlnhöfer (Hg.), Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 - 2002, Wiesbaden 2003
- Jürgen F. Falter, Rechtsextremismus, Ergebnisse und Perspektiven der Forschung; in: Politische Vierteljahresschrift (PVS, Sonderheft 27/1996, Opladen 1996)
- Jürgen W. Falter, Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994
- Hans Fenske, Deutsche Parteiengeschichte, Paderborn / München / Wien / Zürich 1994
- Daniela Forkmann / Michael Schlieben (Hg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 2005, Wiesbaden 2005
- Oscar W. Gabriel / Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 1997

- Rainer Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung, Wiesbaden 2002
- Matthias Geyer / Dirk Kurbjuweit / Cordt Schnibben, Operation Rot-Grün. Geschichte eines politischen Abenteuers, München 2005
- Johannes Gross, Begründung der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995
- Daniel Hamilton, Jenseits von Bonn, Amerika und die „Berliner Republik“, Frankfurt /M – Berlin 1994
- Jürgen Hartmann / Bernd Meyer / Birgit Oldopp, Geschichte der politischen Ideen, Wiesbaden 2002
- Erich Hauser / Harald Hotze, Der Abzocker-Staat. Wie Politiker und Bürokraten uns in die Tasche greifen, Düsseldorf 1996
- Hans-Günther Heiland / Christian Lüdemann (Hg.), Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus, Opladen 1996
- Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, München und Landsberg am Lech 1996
- Joachim Jens Hesse / Tomas Ellwein, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. 7. Auflage, Band 1: Text, Opladen 1992
- Robert Hoffmann, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München/Zürich 1993
- Wolfgang Ismayr, Der Deutsche Bundestag. Funktionen/Willensbildung/Reformansätze, Opladen 2000
- Hans-Gerd Jaschke, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe – Positionen – Praxisfelder, Opladen 1994
- Udo Kempf/Hans-Georg Merz (Hg.), Kanzler und Minister 1949 - 1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen, Wiesbaden 2001
- Andreas Kießling, Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004
- Hans Werner Kilz/Joachim Preuss, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek bei Hamburg 1983
- Thomas Kleinhenz, Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen 1995
- Wolfgang R. Krabbe, Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945-1980, Wiesbaden 2002
- Uwe Kranenpohl, Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Opladen/Wiesbaden 1999
- Gerhard Lehbruch, Parteienwettbewerb im Bundesstaat. Regelsysteme und Spannungslagen im Institutionengefüge der Bundesrepublik Deutschland, 2., erweiterte Auflage, Opladen / Wiesbaden 1998
- Gerd Linz, Die politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, Baden-Baden 1973
- Seymour M. Lipset / Stein Rokkan, Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives, New York 1967
- Peter Lösche, Kleine Geschichte der deutschen Parteien. 2. Auflage, Stuttgart / Berlin / Köln 1993
- Ulrich Lohmar, Innerparteiliche Demokratie. Eine Untersuchung der Verfassungswirklichkeit politischer Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1963
- Franz Lutz, Beamtenstaat. Staatsgesellschaft der Unkündbaren, Was im öffentlichen Dienst alles verdient und verschwiegen wird, Essen 1992
- Matthias Machnig / Joachim Raschke (Hg.), Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen, Hamburg 2009
- Renate Mayntz, Parteigruppen in der Gross-Stadt. Untersuchungen in einem Berliner Kreisverband der CDU, Köln und Opladen 1959
- Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, Neudruck der zweiten Auflage, Stuttgart 1925



- Alf Mintzel, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998
- Alf Mintzel / Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteien in der Bundesrepublik. Opladen 1992
- Sigmund Neumann. Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1965 (Originalausgabe 1932, Die politischen Parteien in Deutschland)
- Oskar Niedermayer / Richard Stöss, Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993
- Oskar Niedermayer (Hg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1999
- Karlheinz Nicolauß, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn / München / Wien / Zürich 1995
- Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteiensystem am Wendepunkt?, Wahlen in der Fernsehdemokratie, München/Landsberg am Lech 1996
- Günter Olzog / Hans-J. Liese, Die politischen Parteien in Deutschland. Geschichte. Programmatik. Organisation. Personen. Finanzierung, 24. Auflage, München 1999
- Sönke Petersen, Manager des Parlaments. Parlamentarische Geschäftsführer im Deutschen Bundestag, Opladen 2000
- Armin Pfahl-Traughber, Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1995
- Joachim Raschke, Die Zukunft der Grünen. „So kann man nicht regieren“, Frankfurt/M. 2001
- Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004
- Wolfgang Rudzio, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1966
- Erwin K. und Ute Scheuch, Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien. Eine Studie, Reinbek bei Hamburg 1992
- Reinhard Schmoeckel / Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966 - 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 2005
- Klaus Schönhoven, Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966 - 1969, Bonn 2004
- Günter Scholz / Martin E. Süskind, Die Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Johannes Rau, Stuttgart / München 2003
- Suzanne S. Schüttemeyer, Fraktionen im Deutschen Bundestag. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen, Opladen/Wiesbaden 1998
- Tim Spier / Felix Butzlaff / Matthias Micus / Franz Walter (Hg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007
- Richard Stöss (Hg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1980, Band I und II, Opladen 1983 und 1984
- Eva Sturm, „Und der Zukunft zugewandt?“. Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000
- Dietrich Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Erweiterte Neuauflage, Frankfurt / M. 1996
- Ute Wachendorfer-Schmidt, Politikverflechtung im vereinigten Deutschland, Wiesbaden 2000
- Ludger Volmer, Die Grünen. Von der Protestbewegung zur etablierten Partei – Eine Bilanz, München 2009
- Franz Walter, Die SPD. Vom Proletariat zur Neuen Mitte, Berlin 2002
- Max Weber, Politik als Beruf, Stuttgart 1992
- Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie (2 Halbbände) Tübingen 1956
- Elmar Wiesendahl, Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien, Opladen / Wiesbaden 1998
- Rudolf Wildenmann, Wahlforschung, Leipzig / Wien / Zürich 1992

Ingelore Winter, Unsere Bundespräsidenten. Von Theodor Heuss bis Johannes Rau. Acht Portraits, Düsseldorf 1999

## **FDP/Liberalismus**

### a. Liberalismus, Programmatik, Klassiker

- Gisela Babel, Die Gesundheitsdebatte. Rentendeckung in Deutschland mit einem Vorwort von Otto Graf Lambsdorff, Sankt Augustin 2001
- Ullrich Baumgärtner, Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2001
- Paul Berman, Terror und Liberalismus, Hamburg 2004
- Christoph Butterwege/Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 2., verbesserte Auflage, Wiesbaden 2008
- Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus, Stuttgart 1983
- Ralf Dahrendorf, Fragmente eines neuen Liberalismus, Stuttgart 1987
- Jürgen Dittberner, Sozialer Liberalismus. Ein Plädoyer, Berlin 2008
- Detmar Doering, Kleines Lesebuch über den Liberalismus, Sankt Augustin 1992
- Walter Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, 9. Auflage, Berlin/Heidelberg/New York/Paris/Tokyo/Hong Kong 1989
- Richard Faber (Hg.), Liberalismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg 2000
- Monika Fassbender, „... auf der Grundlage des Liberalismus tätig“. Die Geschichte der Friedrich-Naumann-Stiftung, Baden-Baden 2009
- Karl-Hermann Flach, Noch eine Chance für die Liberalen. Oder: Die Zukunft der Freiheit. Eine Streitschrift, Frankfurt/M. 1971
- Karl-Hermann Flach / Werner Maihofer / Walter Scheel, Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek bei Hamburg 1972
- Milton Friedman, Capitalism and Freedom, Chicago und London 2002
- Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P. 1980 bis 1990, Baden-Baden 1990
- Lothar Gall (Hg.), Liberalismus, Königstein/Ts. 1980
- Hans-Dietrich Genscher, Außenpolitik im Dienste von Sicherheit und Freiheit. Mit einer Einführung von Ralf Dahrendorf, Stuttgart 1976
- Fritz Goergen, „Skandal FDP“, Köln 2004
- Hildegard Hamm-Brücher im Gespräch mit Sandra Maischberger, Ich bin so frei, München 2003
- Friedrich A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 2007
- Clemens Heitmann, FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972, Sankt Augustin 1989
- Theodor Heuss, Staat und Volk im Werden. Reden in und über Israel, München 1960
- Thomas Hobbes, Leviathan oder Stoff und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates, Neuwied und Berlin 1966
- Otfried Höffe, Politische Gerechtigkeit. Grundlegung einer kritischen Philosophie von Recht und Staat, Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt/Main 1989
- Peter Jüling (Hg.), Was heißt heute liberal?, Gerlingen bei Stuttgart 1978
- Heiner Kappel / Alexander von Stahl (Hg.), Für die Freiheit. Plädoyer für eine liberale Erneuerung, Berlin / Frankfurt/M. 1996
- Tobias Kaufmann / Manja Orlowski (Hg.), „Ich würde mich auch wehren...“. Antisemitismus und Israel-Kritik – Bestandsaufnahme nach Möllemann, Potsdam 2002
- Otto Graf Lambsdorff (Hg.), Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurt 2001

- John Locke, Zwei Anhandlungen über die Regierung, Frankfurt/Main 1977
- John Stuart Mill, Über die Freiheit, Stuttgart 1988
- Wolfgang Mischnick (Hg.), Verantwortung für die Freiheit, Stuttgart 1989
- Ludwig von Mises, Liberalismus, Sankt Augustin 2000
- Jürgen W. Möllemann, Klartext. Für Deutschland, München 2003
- Jürgen Morlock (Hg.), Was wollen die Jungen in der F.D.P. 10 Antworten, Karlsruhe 1973
- Jürgen Morlock (Hg.), Liberale Profile. Freiheit und Verantwortung, Stuttgart 1983
- Ralf Ptak, Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004
- John Rawls, Politischer Liberalismus, Frankfurt/Main 2003
- John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt/Main 1975
- Wilhelm Röpke, Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop und Leipzig 2009
- Philipp Rösler/Christian Lindner (Hg.), Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt. Liberale Beiträge zu einer Wertediskussion, Wiesbaden 2009
- Theo Rütten, Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984
- J.J. Rousseau. Bürger von Genf, Der Gesellschaftsvertrag oder die Grundsätze des Staatsrechtes, Stuttgart 1958
- Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, 11. Auflage, München 2005
- Rolf Schroers, Der Partisan. Mensch im Widerstand, Münster 1989
- Gerhard Schwarz / Gerd Habermann / Claudia Aebersold Szalay (Hg.), Die Idee der Freiheit.. Eine Bibliothek von 111 Werken der liberalen Geistesgeschichte, Zürich 2007
- Gerhard Stapelfeld, Der Liberalismus. Die Gesellschaftstheorien von Smith, Ricardo und Marx, Freiburg 2006
- Günter Verheugen (Hg.), Das Programm der Liberalen. Zehn Jahre Programmarbeit der F.D.P., Baden-Baden 1979
- Guido Westerwelle (Hg.), 18. Mein Buch zur Wahl, München 2002
- Guido Westerwelle (Hg.), Von der Gefälligkeitspolitik zur Verantwortungsgesellschaft. Wiesbadener Grundsätze für die liberale Bürgergesellschaft, Düsseldorf und München 1997
- Guido Westerwelle, Neuland. Einstieg in einen Politikwechsel, München / Düsseldorf 1998
- Robert Paul Wolff, Das Elend des Liberalismus, Frankfurt/M. 1969
- Barthold C. Witte, Von der Freiheit des Geistes. Positionsbestimmungen eines Jahrzehnts, Sankt Augustin 1998

## b. Gesamtdarstellungen FDP

- Jürgen Dittberner, FDP – Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen 1987
- Hans W. Gringmuth, Der Handlungsspielraum der Freien Demokratischen Partei als Artikulationspartei, Frankfurt/M. / Bern / New York 1984
- Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945 - 1990, Düsseldorf 2006
- Friedrich Henning, F.D.P. Die Liberalen. Porträt einer Partei, München 1982
- Dieter Hein, Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Gründung, Entwicklung und Struktur der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1949, Düsseldorf 1985
- Ulrich Josten, Für einen erneuerten Liberalismus. Die Zeitschrift liberal und die FDP bis 1969, Hamburg 2001

- Heino Kaack, Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriss und Materialien, Meisenheim am Glan 1976
- Kurt J. Körper, FDP. Bilanz der Jahre 1960 - 1966. Braucht Deutschland eine liberale Partei?, Köln 1968
- Peter Lösche/Franz Walter, Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt 1996
- Erich Mende, Die FDP. Daten. Fakten. Hintergründe, Stuttgart 1972
- Marco Michel: Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949 - 2002, Wiesbaden 2004
- Andreas Moring, Europapolitik der FDP. Die Entwicklung der Europa-Problematik in den Jahren 1949 - 1989, Berlin 2004
- Lutz Nickel, Dehler – Maier – Mende. Parteivorsitzende der FDP: Polarisierer – Präsident – Generaldirektor, München 2005
- Sebastian Putz, Macht und Ohnmacht kleiner Koalitionspartner. Rolle und Einfluss der FDP als kleine Regierungspartei in vier ostdeutschen Landesregierungen (1990 - 1994), Baden-Baden 2008
- Hans Karl Richarts, Die F.D.P. auf dem Weg nach links, Stuttgart 1972
- Hans-Georg Thal (Hg.), Profile der Parteien. F.D.P., Neus-Uedesheim o. J.
- Günter Verheugen, Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP, Reinbek bei Hamburg 1984
- Hans-Joachim Widmann, Parteienhochmut. Der Fall F.D.P. Stürzen unsere Parteien ab?, München 1999

### c. Regionaldarstellungen FDP

- Jürgen Dittberner, Die FDP in Berlin, in: Christian Junge/Jakob Lempp (Hg.), Parteien in Berlin, Berlin 2007, S. 141ff
- Jürgen Dittberner, Die FDP in Brandenburg, in: Jakob Lempp (Hg.), Parteien in Brandenburg, Berlin 2008, S. 171ff
- F.D.P. Berlin (Hg.), 50 Jahre Berliner F.D.P., Berlin 1995
- Christof Brauers, Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei, München 2007
- Friedrich-Naumann-Stiftung / Landesbüro Hannover (Hg.), Theodor Tantzen. 1877 - 1947. Gedenkschrift anlässlich seines 100. Geburtstages am 14. Juni 1977, Hannover 1977
- Freie Demokratische Partei, Landesverband Hamburg (Hg.). 50 Jahre Hamburger Freie Demokraten, Hamburg 1995
- Freie Demokratische Partei, Landesverband Baden-Württemberg, 50 Jahre Baden-Württemberg. Die Rolle der Liberalen, Stuttgart 2002
- Ulla Galm, Clara von Simson. Tochter aus liberalem Hause. Preußische Köpfe, Berlin 1984
- Ludwig Luckemeyer, Liberale in Hessen. 1848 - 1980, Melsungen 1980
- Heinz-Georg Marten, FDP in Niedersachsen. Demokratie der ersten Stunde, Göttingen 1972
- Heinz-Georg Marten, Die unterwanderte FDP. Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945 - 1955, Göttingen 1978
- Jürgen Morlock (Hg.), Baden-Württemberg. Stammland der Liberalen, Stuttgart 1983
- Edmund Ortwein, Die Liberalen; in: Michael Eilfort (Hg.), Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. 105ff
- Beate-Carola Padtberg, 50 Jahre Baden-Württemberg. Der liberale Beitrag. 1952 - 2002, Stuttgart 2002
- Karsten Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946 - 1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland, Düsseldorf 1985
- Wolfgang Staudt, Liberale in Hessen seit 1945. Materialien zum 50jährigen Bestehen der F.D.P. in Hessen, Wiesbaden 1996
- Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH Wiesbaden (Hg.), 50 Jahre F.D.P. Hessen, Erinnerung an den Festakt in der Paulskirche zu Frankfurt am Main, aus Anlass der 50jährigen Wiederkehr

der Gründung des organisierten Liberalismus in Hessen am 29. Dezember 1945, Wiesbaden 1996

#### d. Geschichte der FDP und der liberalen Parteien

Konrad Adenauer und Theodor Heuss, Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949 - 1959, Berlin 1997

Rita Aldenhoff, Schulze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984

Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer, Haider und die „Freiheitlichen“ in Österreich, Berlin 1997

Bundesgeschäftsstelle der Freien Demokratischen Partei (Hg.), Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone 1945 - 1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F.D.P.-Bundestagsfraktion im Reichstagsgebäude, zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein, Bonn 1978

Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei (Hg.), Zeugnisse liberaler Politik. 25 Jahre F.D.P. (1948 - 1973), Bonn 1973

Monica Cioli, Pragmatismus und Ideologie. Organisationsformen des deutschen Liberalismus zur Zeit der Zweiten Reichsgründung (1878 - 1884), Berlin 2003

Lothar Döhn, Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei, Meisenheim am Glan 1970

Wolfram Dorn/Friedrich Henning (Hg.), Thomas Dehler, Begegnungen. Gedanken. Entscheidungen, Bonn 1977

Wolfram Dorn / Harald Hofmann (Hg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, Bonn 1966

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Friedrich Naumann, Das Leben und Werk Friedrich Naumanns 1860 - 1919, Potsdam o.J.

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Die Geschichte des Liberalismus. Begleitbuch zur Tonbildschau, Bonn 1981

Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Hans Reif. Erinnerungen und Zeugnisse zu seinem 80. Geburtstag am 19. Januar 1979, Bonn 1979

Hanna Frielinghauss-Heuss, Heuss-Anekdoten, München und Esslingen 1967

Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995

Hans-Dietrich Genscher (Hg.), Liberale in der Verantwortung, München/Wien 1976

Manfred Gerlach, LDPD. Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Standortbestimmung, Berlin 1989

Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik in Brandenburg (Hg.), Beiträge zum Leben und Wirken von Dr. Karl Hamann 1903 - 1973, Stahnsdorf 1993

Theodor Heuss, Erinnerungen 1905 - 1933, Stuttgart / Hamburg 1963

Sylvia Heinemann (Hg.), Liselotte Funcke. An Menschen ihrer Zeit. Briefe aus fünf Jahrzehnten, Hagen 2004

Harry Graf Kessler, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Frankfurt/M 1988

Gerhard Krug, Hans-Dietrich Genscher, Hamburg 1991

Dieter Langewiesche, Liberalismus in Deutschland, Frankfurt 1988

U. Leuschner, Zur Geschichte des deutschen Liberalismus, <http://uleuschner.bei.t-online.de/liberalismus>

Hans F. Loeffler, Walther Rathenau – ein Europäer im Kaiserreich, Berlin 1997

Paul Luchtenberg / Walter Erbe (Hg.), Geschichte des deutschen Liberalismus, Köln und Opladen 1966

Hermann Maassen / Elmar Hucko (Hg.), Thomas Dehler, der erste Bundesminister der Justiz, Köln 1977

- Rainer Marcowitz, Der schwierige Weg zur Einheit. Die Vereinigung der deutschen Liberalen 1989/90, Dresden 2002
- Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945 - 1947, Tübingen 1964
- Martina Neumann, Theodor Tantzen ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998
- Beate-Carola Padtberg, Geschichte des deutschen Liberalismus, Königswinter 1988
- Gerhard Papke, Die Nachkriegspolitik von Wilhelm Külz. Herausgegeben von der Wilhelm-Külz-Stiftung Sachsen, Dresden 1998
- Walther Rathenau, Schriften und Reden. Auswahl und Nachwort von Hans Werner Richter, Frankfurt/ M. 1964
- Walter Scheel / Otto Graf Lambsdorff, Freiheit in Verantwortung. Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte. Personen. Perspektiven, Gerlingen 1998
- Wolfgang Schollwer, „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951 - 1971. Herausgegeben von Jürgen Frölich, Bremen 2004
- Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Hg.), LDPD. 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, Berlin 1987
- Sekretariat des Zentralvorstandes der LDPD (Hg.), Wilhelmine Schirmer-Pröscher, Die Welt vor meinen Augen. Erinnerungen aus dem 20. Jahrhundert, Berlin 1969
- Werner Stephan, Aufstieg und Fall des Linkliberalismus 1918 - 1933. Geschichte der Deutschen demokratischen Partei, Göttingen 1973
- Gustav Stresemann, Reichstagsreden, Bonn 1972
- Hans- Heinrich Welchert (Hg.), Theodor-Heuss-Lesebuch, Tübingen 1975
- Udo Wengst, Thomas Dehler. 1897 - 1967. Eine politische Biographie, München 1997
- Wilhelm-Külz-Stiftung (Hg.), Wilhelm Külz – ein sächsischer Liberaler. Kolloquium der Wilhelm-Külz-Stiftung am 24. April 1998 anlässlich des 50. Todestages von Wilhelm Külz im Stadtmuseum Dresden, Dresden 1999